

5	Editorial
8	Jahresüberblick: Zwölf Monate, zwölf Ereignisse
10	Menschenrechte: Zivilgesellschaften unter Druck
14	Nothilfe: Solidarische Projekte in Syrien und Libanon
16	Psychosoziale Arbeit: Nothilfe und Frauenrechte
20	Flucht und Migration: Rasthäuser als Orte der Zuflucht
22	Gesundheit: Kampagne für Geflüchtete in Deutschland
24	Meldungen: Aktionen & Kampagnen
26	Partnerportrait: Gegenöffentlichkeit in Brasilien – Antonio Martins
27	Partnerportrait: Gesundheitsarbeit in Südafrika – Juliet Kabe
28	Stiftung: Wachsende Fördersumme und das medico-Haus
30	Finanzbericht
32	Gesamtergebnis
34	Gewinn- und Verlustrechnung
35	Ergebnisrechnung nach Aufwandskategorien
36	Bilanz
38	Organisation
4.0	Projektübersicht: Geförderte Projekt
40	nach Regionen
12	Service: Weiterführende Infos

Eine andere Welt braucht eine andere Hilfe

Seit fast 50 Jahren leistet medico international Hilfe für Menschen in Not und arbeitet an der Beseitigung der strukturellen Ursachen von Armut und Ausgrenzung. In Solidarität mit den Ausgegrenzten und Marginalisierten im globalen Süden setzt sich medico für menschenwürdige Lebensverhältnisse ein, die ein Höchstmaß an Gesundheit und soziale Gerechtigkeit ermöglichen. Das Ziel ist, Armut, Not und Gewalt nicht nur zu lindern, sondern ihre Ursachen zu erkennen und zu überwinden. Denn die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

Für medico ist Hilfe Teil eines umfassenden solidarischen und politischen Handelns. Unser Bemühen, emanzipatorische Prozesse zu unterstützen. schließt dabei das Bewusstsein um die ambivalenten Folgen von Hilfe ein. Wir handeln nach der Maxime "Hilfe verteidigen, kritisieren und überwinden". Kernpunkt ist die partnerschaftliche Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren in Afrika. Asien und Lateinamerika. Wir exportieren nicht Hilfsgüter oder Projekte, sondern fördern lokale Strukturen und Initiativen vor Ort. Unsere Partnerinnen und Partner sind keine Hilfsempfänger, sondern kompetente Akteure, die im Kampf für bessere Lebensbedingungen selbst Hilfe organisieren und sich für das Menschenrecht auf Gesundheit einsetzen.

Krisen und Notlagen fallen nicht vom Himmel. Armut und Gewalt haben Ursachen in globalen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen. Daher ist eine aktive und kritische Öffentlichkeitsarbeit eine zentrale Aufgabe von medico international. Stets Partei für die Rechte der Ausgeschlossenen ergreifend, engagieren wir uns in globalen Netzwerken, auf Veranstaltungen und durch Veröffentlichungen, mit Aktionen und Kampagnen. Wir informieren über vergessene Konflikte, unterdrückte Interessen und ausgeblendete Abhängigkeiten. Ziel ist der Aufbau und die Förderung einer transnationalen Gegenöffentlichkeit. In dieser bündeln sich die ldeen von einem menschenwürdigen guten Leben, überall gültigen Menschenrechten, sozialer Verantwortung und institutionalisierten Gemeingütern, die allen zugänglich sind.



Warten auf die Zwangsräumung: Die Bewohnerinnen und Bewohner des Beduinendorfes Umm al-Hiran protestieren gegen den Abriss ihrer Häuser. medico-Partner Adalah, der die Gemeinde juristisch vertritt, hatte zuvor vergebens die letzten Rechtsmittel ausgeschöpft.

Nothilfe

In den mehr als vier Jahrzehnten, in denen medico Menschen in Not unterstützt, haben wir gelernt, dass Hilfe nicht – wie in den Medien oft vermittelt – eine Frage der Schnelligkeit ist. Auch in akuten Krisen gilt, dass Nothilfe internationaler Nichtregierungsorganisationen die vorhandenen Strukturen der Selbsthilfe fördern und ausbauen muss, statt sich an die Stelle einheimischer Akteure zu setzen. Unser Partnernetzwerk leistet eine solche nachhaltige Nothilfe. Sie hat zum Ziel, dass Menschen in Not so schnell wie möglich wieder selbstständig und selbstbestimmt handeln können.

Gesundheit

Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit von Krankheit. Gesundheit lässt sich nicht auf die Frage medizinischer Versorgung reduzieren. Erst recht nicht dort, wo Menschen nicht genügend Nahrungsmittel, kein Dach über dem Kopf, keine Bildung und keine Arbeit haben. Für medico schließt die Verwirklichung des umfassenden Rechts auf Gesundheit daher die Schaffung gesunder Arbeits-, Lebens- und Umweltbedingungen für alle ein. Mit unseren Partnern kämpfen wir gegen krankmachende Verhältnisse sowie für das Recht auf ein gesundes und gutes Leben.

Menschenrechte

In einer zutiefst gespaltenen Welt, in der eine globalisierte Ökonomie Millionen Menschen sozial und ökonomisch ausschließt, ja "überflüssig" macht, steht medico an der Seite derer, die sich für die Verteidigung und Durchsetzung der unteilbaren sozialen, politischen und ökonomischen Menschrechte einsetzen. Dabei muss sich jede Hilfe daran messen, ob und wie sie dazu beiträgt, die Menschen wieder "in ihr Recht zu setzen". Der Kampf für soziale Gerechtigkeit, Bildung und Gesundheit ist so auch ein Kampf gegen Verhältnisse, die diese Rechte strukturell beschneiden.

Psychosoziale Arbeit

Von der Hilfe für Folteropfer über die Unterstützung von traumatisierten Flüchtlingen bis zur Arbeit mit misshandelten Frauen: Seit langem engagiert sich medico dafür, die individuellen Folgen massiver Ausgrenzungs- und Gewalterfahrungen in der Projektförderung eigenständig zu berücksichtigen. medico wendet sich dabei gegen die Pathologisierung der Betroffenen. Psychische Störungen sind menschliche Reaktionen auf unmenschliche Erfahrungen. Es geht darum, geschützte Räume zu schaffen, in denen Menschen – vermittelt über Haltungen wie Emphatie, Vertrauen und Respekt – Würde und Handlungsfähigkeit zurückgewinnen können.

Flucht und Migration

Weltweit sind Menschen auf der Flucht vor Krieg, Armut und Hoffnungslosigkeit. Unsere Partner kämpfen gegen Fluchtursachen, leisten humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischen Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten. In Herkunfts- und Transitländern, bei uns, in Netzwerken der Solidarität. Für das Recht auf ein Leben in Würde – überall.



Titelbild:

Weite Teile der kurdischen Städte im Südosten der Türkei sind zerstört. Hunderttausende wurden vom türkischen Militär vertrieben. medico-Partner streiten für die Rechte der Vertriebenen und organisieren den Wiederaufbau. Foto: Reuters.



Brigitte Kühn Vereinsvorsitzende



Thomas Gebauer Geschäftsführer

Liebe Leserinnen und Leser,

"wenn es uns gelänge zu zeigen, dass es auch anders geht, dann hätten wir schon vieles erreicht". Der Appell des Schriftstellers und Psychoanalytikers Paul Parin, der bis zu seinem Tode 2008 Mitglied im Kuratorium der medico-Stiftung gewesen ist, hat nichts an Bedeutung verloren. Noch immer sind viel zu viele Menschen im neoliberalen Mythos der "Alternativlosigkeit" gefangen. Nicht wenige, so scheint es, können sich eher den Untergang der Welt vorstellen als das Ende der auf Wachstum und Profit gründenden herrschenden Wirtschaftsordnung. Umso bedeutender und großartiger, dass sich zuletzt immer stärker auch das Verlangen nach Umkehr deutlich macht: das Drängen auf Alternativen.

Angesichts einer dramatisch zunehmenden sozialen Ungleichheit und enger werdender Räume für demokratische Beteiligung verbietet sich heute jedes "Weiter so!". Die Formulierung der Alternative aber darf nicht rechten Parteien oder Rechtspopulisten à la Trump und Petry überlassen werden. In vielen Ländern haben rückwärtsgewandte Nationalismen, Autoritarismus und Repressionen bedrohlich zugenommen. Sei es in Ägypten, Guatemala, der Türkei oder in Israel – 2016 ist die Arbeit von medico-Partnern massiv behindert, diffamiert oder auch offen unterdrückt worden.

Dass es in einem guten Sinne anders geht, dass eine Zukunft in Weltoffenheit und Solidarität möglich ist, das zeigen nicht zuletzt die Projekte und Ideen unserer Partnerorganisationen im Süden. In ihrem Bemühen um eine solidarisch getragene Daseinsvorsorge, um gemeinwohlorientierte Ökonomien, demokratische Beteiligung und gegenseitige Anerkennung – auch und gerade in der Verschiedenheit – scheinen bereits jene Grundzüge auf, die für eine wirkliche Alternative bestimmend sind.

Bitte lesen Sie die Projekte, die wir Ihnen in diesen Jahresbericht vorstellen, einmal unter diesem Gesichtspunkt. Die Hilfen, mit denen solidarische Initiativen Menschen auf der Flucht beistehen, die gewerkschaftlichen Kämpfe für würdige Arbeitsbedingungen, das zivilgesellschaftliche Drängen auf eine Demokratisierung der WHO, die Sicherung öffentlicher Gesundheits- und Sozialdienste, die Verteidigung des Rechts auf freie Meinungsäußerung – all das steht für die große Idee einer anderen, einer solidarischen Welt, in der nicht an alles und alle ein Preisschild gehängt wird. Das Ziel ist eine Welt, die allen und überall jene Umstände ermöglicht, die für ein Leben in Selbstbestimmung und Würde gegeben sein müssen, eine Welt, die endlich zu sich selbst gefunden hat.

Mitunter sind es auch kleine und kleinere Initiativen gewesen, die wir im letzten Jahr gefördert haben; Initiativen aber, die beharrlich an der Möglichkeit von Veränderung festhalten. Insgesamt haben wir 2016 dank Ihrer Mithilfe um die 120 Projekte in rund 30 Ländern fördern können.

Ganz herzlich möchten wir uns bei Ihnen für Ihre Unterstützung und die Zustimmung, die Sie unserer Arbeit zukommen ließen, bedanken. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Arbeit auch künftig kritisch-solidarisch begleiten.

Mit den besten Grüßen Herzlichst

Brigiste Kulm

Row for

Diese Frauen wurden 1981 während des Bürgerkrieges in das Militärcamp Sepur Zarco verschleppt und missbraucht. Im Februar 2016 gewinnen sie einen Gerichtsprozess gegen ihre ehemaligen Peiniger.





Zwölf Monate, zwölf Ereignisse

Nepal

Nachhaltiger Wiederaufbau

Acht Monate nach dem Erdbeben startet die nepalesische Regierung am 16. Januar offiziell die "Phase des Wiederaufbaus". Parallel beginnen neue Projekte mehrerer medico-Partner, die bereits nach dem Beben Nothilfe geleistet haben, zur Schaffung nachhaltiger sozialer Infrastrukturen in den Bereichen Bildung, Landwirtschaft und Gesundheit.

Türkei

Ankaras Krieg

Seit Monaten führt das türkische Militär einen Generalangriff gegen die kurdische Selbstverwaltung im Südosten. Ob Diyarbakır oder Cizre - ganze Stadtviertel sind zerstört, Hunderttausende fliehen. Angesichts der humanitären Katastrophe leisten medico-Partner Nothilfe, bieten juristischen Beistand und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen. Ende des Jahres werden auch sie verboten [mehr auf S. 12].

Brasilien

Ende einer Ära



Präsidentin Dilma Rousseff wird aus dem Amt geputscht. Mit dem Ende des 13-jährigen Regierungsprojekts der Arbeiterpartei PT beginnt ein rigoroses neoliberales Rollback, das auch die medico-Partner vor Ort zwingt, sich neu aufzustellen [mehr auf S. 26].

Januar | März | Mai

Februar April Juni

Guatemala

Ein historisches Urteil



Erstmals gewinnen indigene Frauen einen Prozess gegen Ex-Militärs wegen sexueller Gewalt im Bürgerkrieg. Das Urteil ist der Auftakt für weitere Prozesse gegen die Straflosigkeit – ein Erfolg der medico-Partner vor Ort, die seit vielen Jahren Zeugen und Opfer unterstützen [mehr auf S. 13].

<u>Griechenland</u>

Ein Hotel als Gegenentwurf

Europa macht dicht: Ein Land nach dem anderen schließt seine Grenzen und macht die "Balkonroute" zur Sackgasse für Zehntausende Flüchtlinge. Während die Bilder aus dem griechischen Idomeni um die Welt gehen, eröffnet eine Athener Aktionsgruppe das City Plaza Hotel im Zentrum der Hauptstadt als Zufluchtsort [mehr ab S. 20].

Deutschland

Grundstein für Unabhängigkeit



Nachdem die stiftung medico international auf Basis ihres gewachsenen Vermögens im Frankfurter Osten ein Grundstück erworben hat, wird am 9. Juni der Grundstein für das medico-Haus gelegt, das Verein und Stiftung mehr Unabhängigkeit geben wird [mehr ab S. 28].

<u>Südafrika</u>

27].

Wider das Drama

16 Jahre nach der ersten

Aids-Konferenz in Durban

treffen sich am gleichen

Ort 20.000 Wissenschaft-

lerinnen und Aktivisten,

darunter medico-Partner

Libanon. In der Schluss-

rede erkennt UNAIDS die

HIV und Aids an - deren

unterstützt (mehr auf S.

Rolle der Community Health

Care Worker im Kontext von

Selbstorganisation medico

aus Südafrika und dem

Wie Freihandel krank macht

Deutschland



Kurz vor dem bundesweiten Aktionstag gegen die geplanten Abkommen TTIP und CETA mit 320.000 Teilnehmern erscheint die von medico mitherausgegebene Broschüre "Recht auf Profit?", die aufzeigt, wie Freihandels- und Investitionsschutzabkommen global Gesundheit ruinieren.

Türkei

Repressionen mit System

Das AKP-Regime macht den nächsten Schritt in der systematischen Unterdrückung unliebsamer Stimmen und Kräfte: Rund 300 Hilfsorganisationen, Menschenrechtsstiftungen, Kinderschutzbünde, Frauenvereine, Kultur- und Bürgerinitiativen werden verboten - darunter medico-Partner wie der Rojava-Hilfsverein (mehr auf S. 12].

September November

> August Oktober Dezember

Pakistan / Deutschland

Auf dem Weg zum Präzedenzfall



Das Landgericht Dortmund spricht Textilarbeitern aus Pakistan im Verfahren gegen KiK Prozesskostenbeihilfe zu. Ein erster Erfolg in dem von medico unterstützten Prozess, in dem über die Verantwortung des Textilunternehmens für einen Fabrikbrand in Karatschi verhandelt wird [mehr auf S. 25].

Togo

Migrationspolitik von unten

Während Bundesregierung und EU afrikanische Regierungen mit Geld und Druck in ihre Migrationsabwehr einzubinden versuchen, lädt der medico-Partner Visons Solidaires andere westafrikanische Organisationen zu einer migrationspolitischen Konferenz nach Lomé. Die zivilgesellschaftliche Allianz kritisiert Europa wie auch die Willfährigkeit der eigenen Regierungen.

Syrien / Irak

Nothilfe geht weiter



Die Kämpfe in Rojava und um Mossul lösen neue Fluchtbewegungen aus. medico und seinen Partnerorganisationen gelingt es trotz aller Schwierigkeiten, die solidarische Nothilfe fortzusetzen etwa für das kurdische Kobane und Flüchtlinge aus Mossul [mehr ab S. 14].

Shrinking Spaces

Demokratie unter Druck

Oppositionelles Engagement wird diffamiert, NGOs werden verboten, Kritik wird als Staatsverrat verfolgt: Weltweit sind die Räume für eine emanzipatorische Politik geschrumpft. Was lässt sich dem identitären Populismus und der wachsenden Repression entgegensetzen? Von Marcus Balzereit.



Die Polizei stoppt Demonstranten, die in der türkischen Hauptstadt Ankara gegen die Festnahme von Anwälten der linken pro-kurdischen Partei HDP protestieren.

Just in dem Moment, in dem in Hamburg gewaltige Anstrengungen unternommen werden, um das G20 Treffen im Sommer 2017 vor seinen Kritikerinnen und Kritikern zu schützen, kommt ein wichtiger Prozess vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu einem vorläufigen Ende: Der nächtliche Polizeieinsatz in der Diaz-Schule im Rahmen der Proteste gegen den G20 Gipfel von 2001 in Genua müsse "als Folter eingestuft werden", so die Straßburger Richter. Geklagt wurde gegen italienische Polizisten, die mit ihrem Angriff der vordem starken globalisierungskritischen Bewegung einen nachhaltig schweren Schlag versetzten. Damit geschah das, was heute unter der Überschrift "shrinking spaces" diskutiert wird: die machtvolle Verunmöglichung zivilgesellschaftlichen Engagements. Jetzt, 16 Jahre später, erwirkten sechs Klägerinnen und Klägern eine Entschädigung von jeweils 45.000 Euro. Des Weiteren sollen Folter und andere Misshandlungen, die gegen die Menschenrechtskonvention verstoßen, auch in Italien gesetzlich verboten werden. Zudem sollen die Ordnungskräfte durch Schulungen lernen, wie das geht: Menschenrechte einhalten. "Shrinking spaces" beschreibt den weltweiten Kampf um soziale Räume, in denen die globale Frage "In was für einer Gesellschaft wollen wir leben?" kollektiv verhandelt und praktisch angegangen werden kann.

Dem Eingangsbeispiel zum Trotz: Die Möglichkeiten einer emanzipatorischen Politik von unten sind in den vergangenen Monaten nicht größer, sondern, von oben dirigiert, massiv eingeengt worden. Und es sind auch nicht mehr nur einige wenige autoritäre Regime, die gegen NGOs, Menschenrechtsverteidigern und andere Akteure der Zivilgesellschaft vorgehen. Die Weltallianz für Bürgerbeteiligung Civicus hielt 2016 fest, dass weltweit sechs von sieben Personen grundlegende Menschenrechte wie Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit bestritten werden. In vier von fünf Ländern steht der Raum für eine emanzipatorische Politik demnach nicht zur Verfügung.

Immer mehr Anti-NGO-Gesetze

Neu an der aktuellen Situation ist, dass in 60 Ländern in den letzten Jahren zudem explizite Anti-NGO Gesetze auf den Weg gebracht wurden. Im Namen staatlicher Gewährleistung von "Sicherheit und Sittlichkeit" wird die Organisationsfreiheit von Nichtregierungsorganisationen infrage gestellt. Mit den Mitteln des Rechts sollen heimische Organisationen von den internationalen Netzwerken, die gegen diese Ziele opponieren, und auch von ausländischen Geldern abgeschnitten werden. Die Gesetze sollen einerseits dazu beitragen, den reibungslosen Ablauf staatlicher und ökonomischer Vorgänge zu garantieren. Andererseits geht es auch um die "Normalisierung" der individuellen Lebensführung der jeweiligen Staatsbürgerinnen und -bürger. Damit wird nicht nur der Raum für oppositionelle Politik, sondern auch für alternative Lebensweisen sowie für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender weiter beschnitten.

Nachdem Nichtregierungsorganisationen in Russland sich bereits seit vier Jahren als "ausländische Agenten"

registrieren lassen müssen, wenn sie Geld aus dem Ausland bekommen, wurden nun auch in anderen Ländern ähnliche Gesetze auf den Weg gebracht. In Israel etwa verpflichtet ein Gesetz seit Juli 2016 Menschenrechtsorganisationen dazu, in allen Gesprächen mit Staatsbediensteten, über die Medien sowie bei der Teilnahme an Sitzungen von Parlamentsausschüssen offenzulegen, ob sie aus dem Ausland finanziert werden. Bei Nichtbeachtung drohen Bußgelder. Ursprünglich war auch daran gedacht, alle NGOs, ähnlich wie in Russland, als ausländische Agenten einzustufen, dieser Vorschlag wurde aber letztlich abgelehnt. In Ägypten ist NGOs seit November 2016 fast jegliche Arbeit verboten. Sie sind gezwungen ihre Aktivitäten am "staatlichen Plan und den Entwicklungserfordernissen" auszurichten, auch Meinungsumfragen dürfen nur noch mit staatlicher Erlaubnis durchgeführt werden.

Schikanen, Hetze, Zensur

Die NGO-Gesetze selbst stellen dabei nur die offenkundigste Form staatlicher Repression gegen eine emanzipatorische Politik dar. Das Spektrum reicht von bürokratischen Auflagen über Hetzkampagnen und Zensur bis hin zu offener Unterdrückung durch Sicherheitskräfte. Und verfolgt werden nicht nur Akteure, die die Gewährleistung der Bürger- und Freiheitsrechte einfordern, sondern vermehrt auch solche, die für die Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eintreten. Wer in Honduras für Landrechte streitet, sich in Äthiopien gegen sozial und ökologisch unverträgliche Rohstoffextraktionsprojekte engagiert, muss mit Gefahren für Leib und Leben rechnen.

Ein angemessener Begriff von Zivilgesellschaft geht demnach nicht in der Vorstellung auf, verschiedene Kräfte aus Staat, Markt, bürgerlicher Öffentlichkeit und bürgerlicher Privatheit müssten lediglich in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander agieren. Eine solche Annahme läuft Gefahr, sich die Welt minus Kapitalismus und minus Staatsraison als eigentlich harmonisch auszumalen. Unter dem Stichwort "shrinking spaces" müssen sowohl Fragen der Gewährleistung von Menschenrechten als auch der Demokratie gestellt werden – als auch solche nach dem aktuellen Verhältnis von Freiheitsrechten und Staatsgewalt. Und nachgedacht werden muss auch über die soziale Frage, also über die nach wie vor sehr unterschiedlichen Möglichkeiten am weltweiten Reichtum teilzuhaben.

Globale Räume

Ein angemessener Begriff von "Zivilgesellschaft" und von "shrinking spaces" muss zudem über die Ebene der Nationalstaaten hinausgehen und die ganze Welt, einschließlich ihrer gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen, auch der Staaten untereinander, in den Blick nehmen. Es gibt widerstreitende Interessen, nicht nur zwischen elitären auf den Eigennutz bedachten Staatenlenkern und ihren ausgebeuteten und zu normalisierenden Untertanen, sondern auch solche zwischen sozialen

Akteuren. Und es gibt auch Interessensgegensätze zwischen den NGOs selbst. So werden mancherorts die Räume für regierungstreue NGOs eher größer. Dies gilt vor allem im Zusammenhang mit den erweiterten Möglichkeiten für unternehmerisches Handeln im Zuge der Globalisierung und des Freihandels. Während die staatlich gewährte "Raumbeimessung" hier Freiheiten schafft und steuert, erzwingt sie dort entsprechende Selbstdisziplinierung und Anpassung. Im Ergebnis bleibt ein schwieriger Balanceakt für alle Organisationen zwischen Selbst-Ausschluss vom Geschehen vor Ort und von den Kooperationspartnern auf der einen Seite und der Unterwerfung unter die staatliche Regulierung auf der anderen.

Die Textilkampagne von medico international versucht der Komplexität des Handelns in "shrinking spaces" gerecht zu werden. Der Raum, für den hier gekämpft wird, ist einerseits ein ganz konkreter: Ein eigenes Haus für die gewerkschaftliche Organisierung der Näherinnen in der Innenstadt von Karatschi, für bessere Arbeitsbedingungen, eine angemessene Arbeitssicherheit und ausreichenden Arbeitslohn. Gleichzeitig wird durch die Klage gegen Kik der Raum auch nach Deutschland, in die Europäische Union hinein, geöffnet. Vier Klägerinnen und Kläger fordern stellvertretend für alle Beteiligten

des Fabrikbrandes eine Entschädigung. Auch wenn der Prozessausgang noch ungewiss ist: ein positives Urteil würde einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen schaffen. Deutsche Unternehmen würden endlich auch im Ausland auf Arbeitssicherheit und Anerkennung des Arbeitsrechts verpflichtet werden und könnten sich so ihrer Verantwortung, auch für die Gestaltung angemessener Fabrik-Räume weltweit, nicht mehr entziehen.

Die Verteidigung und Durchsetzung von Menschenrechten ist einer der zentralen Förderschwerpunkte von medico. 2016 wurden allein die im nachstehenden Beitrag genannten Partnerorganisationen mit rund 190.000,00€ unterstützt. Anfang Mai 2016 fand bei medico ein Erfahrungsaustausch mit mehreren Partnerorganisationen zum Thema "shrinking spaces" statt.

Wie die Arbeit von medico-Partnern behindert wird – vier Beispiele

Wer die Stille stört





In der Türkei sind die demokratischen Räume 2016 nicht langsam geschrumpft sie sind dramatisch zusammengeschnellt. Der Putschversuch im Sommer gab dem Regime in Ankara neuen Anlass, unliebsame Kräfte in zentralen gesellschaftlichen Bereichen auszuschalten. Zehntausende wurden inhaftiert oder aus den Ämtern gejagt, die freie Presse wurde quasi abgeschafft, Parlamentarier eingesperrt und oppositionelle Bürgermeister abgesetzt. Im November folgte der Schlag gegen die unabhängige Zivilgesellschaft: Rund 370 Menschenrechtsstiftungen, Kinderschutzbünde, Frauenvereine, Kultur- und Bürgerinitiativen aller Art wurden verboten, darunter zwei medico-Partner: der Rojava Hilfs- und Solidaritätsverein und der Mesopotamische Anwaltsverein. Sie hatten bereits zuvor mit Schikanen zu kämpfen, Konten wurden gesperrt, Mitarbeiter festgenommen und Lebensmittellieferungen beschlagnahmt. Ihr Verbot hat System, trifft es doch zwei Organisationen, die im Südosten des Landes gegen den Krieg der türkischen Armee gegen die kurdische Selbstverwaltung opponieren. Der Rojava-Verein leistet auch humanitäre Hilfe für die ausgebombten und vertriebenen Bürger in den kurdischen Städten. Der Anwaltsverein hat über 600 Klagen gegen die Zerstörung und Beschlagnahmung von Häusern und Grundstücken eingereicht. Das Verbot soll also diejenigen mundtot machen, die Aufklärung über den inneren Krieg und Menschenrechtsverletzungen leisten. Doch auch wenn die Büros der medico-Partner nun versiegelt sind: Ihre Arbeit haben sie nicht eingestellt.

Ägypten



Im Februar 2017 war auf der Homepage von medico erneut ein Foto einer versiegelten Tür zu sehen. Diesmal hatte es das El Nadeem Center in der Innenstadt von Kairo getroffen, das bekannteste Behandlungszentrum für Opfer von staatlicher und häuslicher Gewalt des Landes. Seit 1993 leistet es direkte psychologische und rechtliche Unterstützung. Unabhängig von den politischen Machtwechseln, die Ägypten in den vergangenen Jahren erlebt hat, stellt sich das Center eindeutig gegen jede staatliche, militärische und polizeiliche Gewalt gegen Zivilisten. Nachdem El Nadeem Anfang 2016 anlässlich des Jahrestags des Aufstands im arabischen Frühling 2011 einen Jahresbericht über die wachsende Zahl von Folterfällen – ein "Archiv der Unterdrückung" - veröffentlicht hatte, versuchte das Innen- und das Gesundheitsministerium das Center zu schließen. El Nadeem erhob Einspruch gegen den Bescheid und arbeitete weiter. Als das Zentrum Anfang 2017 erneut öffentlich über extralegale Tötungen, Misshandlungen und Folter von Gefangenen in Polizeiwachen und Gefängnissen berichtete, versiegelte die Polizei dessen Räume und verbot jede weitere Aktivität - eine Aktivität, die in den Auseinandersetzungen um die Rückeroberung der 2011 gewonnenen Freiheiten wichtiger denn je ist.

Israel



Ende 2015 billigte das israelische Kabinett ein Gesetz, das die Arbeit von aus dem Ausland finanzierten Bürgerrechtsgruppen schärfer regelt. Es ist eine weitere Handhabe des Staates gegen besatzungs- oder regierungskritische Stimmen im Land. Zeitgleich haben Angriffe, Verleumdungen und vielfältige Behinderungen der Arbeit von NGOs auf breiter Front zugenommen. Betroffen sind auch medico-Partner wie die Physicians for Human Rights – Israel, die Initiative Who Profits und vor allem die besatzungskritische Organisation ehemaliger Soldaten Breaking the Silence. Diese wurde von jüdisch-nationalistischen Organisationen, aber auch von rechtsgerichteten Politikern massiv angegangen. Undercoveragenten wurden eingeschleust, die über Monate spionierten und die Schließung von Breaking the Silence zu provozieren versuchten. Über die sozialen Medien wurden die Namen aller Mitarbeiter samt Adressen veröffentlicht. Außerdem wurde eine Klage angestrengt, die die Organisation zwingen soll, die Namen der Soldaten preiszugeben, die Zeugnis über Menschenrechtsverletzungen der Armee abgelegt haben. Die Stille der Besatzung soll nicht gestört werden. "Seit 49 Jahren führen wir in den besetzten Gebieten eine Militärdiktatur", sagt Yehuda Shaul von Breaking the Silence. "Konnten wir ernsthaft glauben, dass wir diese Verhältnisse jenseits der Grünen Linie lassen und bei uns die Demokratie behalten können?" Wie weit der Prozess fortgeschritten ist, in solchen Stimmen nicht nur Widerspruch, sondern Verrat zu sehen, zeigte sich beim Staatsbesuch von Außenminister Gabriel: Seine Absicht, auch Vertreter von Breaking the Silence zu treffen, veranlasste Premier Netanjahu dazu, den Termin abzusagen.

Guatemala



In den vergangenen Jahren gelangen der guatemaltekischen Justiz in Zusammenarbeit mit der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit (CICIG) spektakuläre Schläge gegen die korrupte Oligarchie des Landes. Den Weg zu mehr Gerechtigkeit im Land hatten auch medico-Partner bereitet: Die Organisation ECAP widmet sich seit Jahrzehnten der psychosozialen Arbeit im Rahmen der Aufarbeitung der Diktatur und unterstützte dadurch auch die Klagen. Die Menschenrechtsanwälte des Bufete de Derechos Humanos und der Internationalen Juristenkommission (CIJ) waren unter anderem in die Verurteilung von Ex-Diktator Ríos Montt wegen Völkermordes und die Bestrafung von früheren Militärs im Falle der Verschleppung und Versklavung von Frauen aus dem Dorf Sepur Zarco involviert. Inzwischen geraten die medico-Partner allerdings selbst ins Visier einer wieder offensiver agierenden Rechten. Aufgrund der Verteidigung indigener Gemeinden gegen Großprojekte, aber auch wegen ihrer Beteiligung am Fall Creompaz, in dem sich ranghohe Militärs für das gewaltsame Verschwindenlassen von 558 Menschen verantworten müssen. Auf Drohungen und Anzeigen wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" gegen die Anwälte Ramón Cadena (CIJ) und Michael Mörth (Bufete und CIJ) folgte eine Durchsuchung des Hauses von Cadena in Guatemala-Stadt. Dokumente wurden gesichtet, ein Laptop und Handys gestohlen. Andere Wertgegenstände blieben unberührt. Als international bekannte Anwälte genießen die medico-Partner noch einen gewissen Schutz. Das ist bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren im Land anders.

Nothilfe in Syrien und dem Libanon

Noch immer: Brot, Freiheit und Würde

Der andauernde syrische Bürgerkrieg, autoritärer Nationalismus und wachsender Islamismus polarisieren die ohnehin konfliktreiche Region immer stärker. Nach wie vor aber gibt es Projekte, die auf den Ansprüchen des demokratischen arabischen Aufstandes beharren. Katja Maurer über Initiativen zur Frauenbildung, Schulen im Untergrund oder solidarische Flüchtlingshilfe.

"Wird der Arabische Frühling weitergehen? Keine Zukunft kommt über Nacht. Wir dürfen nicht in kurzen Zeiträumen denken, sondern es wird Jahre dauern, bis erkennbar wird, wie tief die Resonanzen gehen." Diese Sätze aus dem medico-Jahresbericht 2011, der die demokratischen Massenbewegungen in Ägypten und Tunesien als Epochenbruch würdigte, entbehren nicht der Prophetie. Denn die demokratische Zukunft in der Region lässt weiter auf sich warten: Die Nacht erscheint endlos. In Ägypten ist Ex-Diktator Hosni Mubarak wieder aus dem Gefängnis entlassen und mit Sisi regiert ein noch härterer Autokrat. Der demokratische Aufstand in Syrien, der sich vor sechs Jahren erhoben hatte, hat sich in einen Bürgerkrieg verwandelt, der Hunderttausende Menschen das Leben gekostet und Millionen in die Flucht geschlagen hat. Zugleich ist er längst kein lokaler Konflikt mehr, sondern wird überformt und angeheizt durch die regionalen, russischen und andere europäische sowie US-amerikanische Akteure und deren Stellvertreter.

Ist der Epochenbruch, der Arabische Frühling mit seinen zutiefst säkularen Forderungen endgültig gescheitert? Der Kinderarzt Ghassan Issa ist Direktor des libanesischen Arab-Ressource-Centers, das vernetzte psychosoziale Gemeinwesenarbeit in der Region betreibt. Der langjährige medico-Partner hält die Forderungen des Arabischen Frühlings für alternativlos. Wer wie medico seit Jahrzehnten in der Region arbeite, so sein Rat, müsse sich von der Länderarbeit verabschieden und die Region als Ganzes in den Blick nehmen – und zwar ausgehend von den emanzipatorischen Prinzipien, die die Bewegung des Tahrir-Platzes in der Formel "Brot, Freiheit und Würde" zusammengefasst hat. Die gesamte Region erlebt eine Polarisierung zwischen autoritärem Nationalismus, der als "Restposten von den Militärs" verwaltet werde und einem wachsenden Islamismus, der die Region nach religiösen Zuschreibungen neu segregiert. Die alten Parameter, entlang derer sich die Region organisiert hat, hätten

ihre zentrale Bedeutung verloren. Dazu zählt Issa vor allem den israelisch-palästinensischen Konflikt, durch den sich der arabische Nationalismus in seiner autoritären Form lange legitimiert sah. Die Lösung des Demokratiedefizits wurde stets mit dem Verweis auf die "israelische Gefahr" verschoben. Nun dient der Kampf gegen den Islamismus und der "Krieg gegen den Terror" als Grund, die Entwicklung der Demokratie hintenanzustellen.

Die medico-Projekte waren auch im Jahr 2016 angesichts der größten humanitären Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg, die sich in der Region abspielt, von Nothilfemaßnahmen geprägt. Allein die Hilfe für Opfer des syrischen Bürgerkrieges, sei es für die Flüchtlinge im Libanon, sei es für intern Vertriebene in Syrien selbst, umfassten mehr als zwei Millionen Euro. Dabei unterstützt medico lokale Partner, die inmitten der Eskalation von ihrem demokratischen und menschenrechtlichen Ansatz auch in der Nothilfe nicht abrücken. Ein Beispiel ist AMEL, eine Organisation, mit der medico seit den 1980er Jahren kooperiert.

AMEL hat sich als libanesischer Gesundheitsdienst zur Versorgung der palästinensischen Flüchtlinge, die seit der Staatsgründung Israels 1948 in Lagern im Libanon leben, gegründet. Dabei richtete sich damals wie heute der Ansatz nicht nur auf eine Nothilfeversorgung. Vielmehr ging es AMEL immer schon darum, gleichen Zugang zu Rechten für die Flüchtlinge stark zu machen. Dass den schon in dritter Generation im Libanon lebenden Palästinenserinnen und Palästinensern der Zugang zu sozialen und demokratischen Rechten bis heute verwehrt wird, ist für AMEL ein Grund tiefer Beunruhigung. In Zeiten der Polarisierung umso mehr. Denn nicht nur die Palästinenser im Libanon, sondern nun auch die anderthalb Millionen syrischen Flüchtlinge sind in der innerlibanesischen Debatte immer wieder Objekt menschenverachtender Propaganda, die benutzt wird, um verweigerte Rechtssicherheit zu legitimieren. So

ändern sich für syrische Geflüchtete ständig die Regeln und Aufenthaltsbestimmungen – ein Vorgang, den man auch aus Deutschland kennt. Allerdings ist der Libanon übersät mit militärischen Checkpoints, an denen syrische Flüchtlinge ohne gültige Papiere festgenommen werden. Häufig landen sie im Gefängnis oder werden gar in den Krieg abgeschoben.

Von den Lebensverhältnissen im Krieg in dem nur wenige Kilometer entfernten Nachbarland können die medico-Partner in Douma berichten. Die Stadt mit einstmals. 150.000 Einwohnern in der Region Ost-Ghouta unweit von Damaskus erlebt seit drei Jahren eine fortgesetzte Belagerung durch Regierungstruppen und Bombardierungen auch durch russisches Militär. Lebensmittel kommen nur durch Tunnelsysteme in die Stadt. Sauberes Trinkwasser gibt es nicht mehr. Eine Flasche Evian kostet 18 Dollar, hat ein britischer Journalist kürzlich berichtet. In Douma unterstützt medico das Nisaa Al-Ghouta-Zentrum, das inmitten des Krieges Förderkurse und Berufsausbildung für Frauen, aber auch psychosoziale und medizinische Versorgung organisiert. Douma ist starken Angriffen ausgesetzt, nicht zuletzt, weil sich in der konservativen Stadt das Hauptquartier der salafistisch geprägten Rebellengruppe Jaysh Al-Islam befindet. Insofern leistet die Fraueninitiative, deren Leiterin Huda Khayti die demokratische Revolution unterstützt hat, ihre unabhängige Arbeit in größter Not und zwischen allen Fronten.

Ähnlich ist die Situation der Untergrundschule in dem ebenfalls belagerten syrischen Erbin. Hier ist es ein ziviles Bürgerkomitee, das auch im Widerstreit mit den Rebellengruppen ein demokratisches Bildungsangebot für mehrere Tausend Kinder und Jugendliche aufgebaut hat und unter schwierigen Bedingungen fortsetzt. Gefährdet sind sie durch beide Seiten. Während die Schule wegen der fortlaufenden Bombenangriffe durch das Assad-Regime im Keller stattfindet, wurde der Projektleiter der freien Schule jüngst von zwei maskierten Männern überfallen und angeschossen. Vermutlich, weil er häufig öffentlich kritisch Stellung zu kulturellen und religiösen Themen bezieht.

Jahrelanger Belagerung durch Regierungstruppen sind auch die ursprünglich von palästinensischen Flüchtlingen in Syrien bewohnten Städte und Gemeinden ausgesetzt. Der medico-Partner Jafra, eine Organisation aus jugendlichen Freiwilligen, die in allen syrisch-palästinensischen Gemeinden aktiv war und ist. leistet unter diesen unerträglichen Bedingungen kontinuierlich Nothilfe für die Eingeschlossenen. Für die palästinensischen Flüchtlingsfamilien, die in Syrien im Gegensatz zu den Palästinensern im Libanon über eine rechtlich weitaus bessere Situation verfügten, hat das syrische Drama besondere Auswirkungen. Dem Wunsch nach demokratischen Veränderungen in Syrien, den viele Palästinenser teilen, steht die Angst entgegen, die Aufenthaltsmöglichkeiten in Syrien zu verlieren. Hunderttausende haben das Land bereits verlassen. Aus dieser besonderen Position heraus organisiert Jafra immer wieder Friedenskundgebungen in den belagerten Städten, bei denen Assad-Gegner und Befürworter gemeinsam für ein Ende der Angriffe demonstrieren.



Im überfüllten Flüchtlingslager Burj el Barajneh im Süden von Beirut lebt Haifa Al-Eid mit ihren Kindern. Sie sind vor dem Krieg aus Syrien in den Libanon geflohen.

Teil des demokratischen Aufbruchs ist auch die kurdische Bevölkerung Syriens. Die "Räte-Republik" in Rojava wollte ein demokratisches Zeichen setzen und sich so mit dem Arabischen Frühling verbinden. Nun haben die heftigen militärischen Auseinandersetzungen mit dem IS und der hohen Zahl von Flüchtlingen auch aus dem arabischen Teil Syriens zu Vorwürfen über Menschenrechtsverletzungen in der kurdischen Region geführt. Die Auseinandersetzung um eine demokratische Zukunft im kurdischen Teil Syriens ist angesichts der Kriegsentwicklung noch längst nicht entschieden. Die Hunderttausenden Flüchtlinge, die sich in die kurdische Region begeben haben, werden unter anderem vom kurdischen roten Halbmond versorgt. medico hat, als eine der wenigen internationalen Hilfsorganisationen, die überhaupt dort arbeiten, der kurdischen Gesundheitsversorgung im vergangenen Jahr Medikamente finanziert und vier Krankenwagen zur Verfügung stellen können.

> Rund ein Dutzend Projekte hat medico in Syrien und im Libanon auch 2016 trotz der schwierigen Bedingungen vor Ort unterstützen können. Die Fördersumme betrug 2.089.041,88 €.

Nothilfe und Frauenrechte im Nordirak

Das Leben feiern zwischen allen Fronten

Seit mehreren Jahrzehnten unterstützt medico im kurdischen Norden des Irak Frauen in ihrem Kampf für Selbstbestimmung. 2016 stand diese Arbeit im Schatten von IS-Terror und Flüchtlingskrise. Usche Merk über eine Reise in eine lange Geschichte von Gewalt und Aufbruch.



Eine Oase inmitten einer gepeinigten Region: Das Jugendkulturzentrum in Kifri eröffnet den jungen Leuten neue Horizonte.

Vor 25 Jahren war ich zum ersten Mal in der kurdischen Region des Iraks, mitten in einer großen Aufbruchsstimmung. Nach dem Golfkrieg 1991 war den Kurden der Aufstand gelungen. Mit Hilfe einer international abgesicherten Flugverbotszone konnten die Truppen Saddam Husseins vertrieben und eine autonome Zone aufgebaut werden, die nach der Militärintervention 2003 und dem Sturz des Baath-Regimes zur kurdischen Provinz des Iraks wurde. Auch medico unterstütze damals den Wiederaufbau mit großen Spendensummen und das war der Anlass meiner damaligen Reise. Diesem ersten Sieg waren lange Jahre bitterster Kämpfe der Peschmerga, den kurdischen Widerstandskämpfern, vorausgegangen, die vom Baath-Regime mit äußerster Gewalt unterdrückt worden waren. Im Zentrum standen dabei die Anfal-Operationen, eine zwischen 1988 und 1989 durchgeführte genozidale Unterdrückungskampagne gegen die kurdische Bevölkerung, bei der mindestens 180.000 Menschen umgebracht und ganze Landstriche entvölkert wurden.

Auf meiner erneuten Reise im Dezember 2016 habe ich vor allem junge Frauen und Männer kennengelernt, die damals, wenn überhaupt, gerade erst geboren waren. Sie verkörpern die Entwicklung der letzten 25 Jahre. So zum Beispiel Gina, die als Tochter kurdischer Flüchtlinge der 1980er Jahre in Deutschland aufgewachsen und vor sechs Jahren in einer Phase politischer Stabilität und wirtschaftlichen Aufschwungs wieder nach Kurdistan gegangen ist. Oder Shano, die in der autonomen Provinz groß geworden ist und sich aktiv für Frauenrechte und gegen männliche Gewalt einsetzt. Beide arbeiten bei Khanzad, einer Frauenrechts- und Beratungsorganisation, die vor zwanzig Jahren im Kontext der neuentstandenen kurdischen Autonomie ins Leben gerufen wurde, unterstützt von Karin Mlodoch, die damals medico-Mitarbeiterin in Kurdistan war und später den Verein Hauka-

Umkämpfte Frauenrechte

Khanzad gehört wesentlich zu einem Netz von Frauenorganisationen, das nach vielen Kämpfen 2011 ein sehr progressives Gesetz zum Schutz von Frauen vor Gewalt in der kurdischen Provinz des Irak durchgesetzt hat. Nach dessen Verabschiedung wurde ein eigenes Direktorat zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen eingerichtet, das in der gesamten Region Beratungsstellen und Zufluchtshäuser aufgebaut hat – inzwischen auch in den Flüchtlingslagern. Doch der Erfolg dieses Frauenkampfes ist angesichts der aktuellen Lage massiv bedroht. Zum einen leiden die Beratungshäuser angesichts der Wirtschaftskrise unter akuter Mittelknappheit, zum anderen nimmt aufgrund der IS-Invasion und der Flüchtlingskrise auch der Einfluss an fundamentalistischen Frauenbildern und patriarchalen Männerinteressen wieder zu.

Was das konkret bedeutet erfahre ich, als ich zusammen mit Gina, Shano und Karin in die Flüchtlingslager im Süden fahre. Zuerst halten wir in Khanaquin an einem Camp unter lokaler kurdischer Verwaltung mit rund 16.000 Personen. Die Flüchtlinge kommen aus arabi-

schen Gebieten, die der IS 2014 erobert hat. Nach der Befreiung vom IS waren viele zunächst zurückgegangen, sind dann aber durch schiitische Milizen erneut vertrieben worden. Shano erzählt: "Jetzt haben sie Angst, nach Hause zu gehen und wollen das Camp nicht mehr verlassen. Vor allem die Frauen fühlen sich hier besser geschützt und schätzen die Angebote."

Im Camp gibt es eine staatliche Beratungsstelle. Frauen, die im Lager Gewalt erfahren, können sich dorthin wenden und werden geschützt. Die Beratungsstelle kooperiert mit der Polizei der nahegelegenen Kleinstadt, die gegen die Täter vorgeht, wenn die Frauen Anzeige erstatten. Meistens jedoch versuchen sie, über Mediation und Gespräche mit dem Ehemann bzw. der Familie eine Lösung zu finden, die es der Frau ermöglicht, wieder in ihre Familie zurückzukehren.

Der lange Schatten des IS

Aufgrund der konservativen Campbewohner, der Flüchtlingssituation sowie der wenigen Ressourcen der Beratungsstelle, die vor Ort keinen Polizeischutz hat, ist die Situation sehr prekär. Bisweilen werden die Beraterinnen von männlichen Familienangehörigen bedroht. Manchmal kommen ganze Clans, um Frauen zurückzufordern, die vor Gewalt geflohen sind. Wie angespannt und kompliziert die Arbeit ist, erleben wir auch im nächsten Lager in Kalar. Bei der Verteilung von Kerosinöfen wird mit einem Male die ganze Ambivalenz der kurdischen Flüchtlingshilfe deutlich. Die Menschen in dem Lager, die die Öfen bekommen, sind aus der Gegend um Mossul geflohen und von der kurdischen Verwaltung erst kurz zuvor in dieses abgelegene Lager gebracht worden, weil man sich nicht sicher war, ob sich darunter noch aktive IS-Anhänger befinden. Die Atmosphäre bei der Verteilung ist extrem angespannt. Es sind vor allem Männer, die die Öfen entgegennehmen. Nur wenige Frauen, alle verschleiert, sind zu sehen.

Die Arbeit mit Frauen ist in einem solchen Kontext nicht nur Sozialarbeit, sondern auch Teil einer ideologischen Auseinandersetzung um säkulare, menschenrechtliche Werte. Für die Frauen von Khanzad geht es auch um die Verteidigung dessen, was sie sich mühsam erkämpft haben. Die Angebote für Frauen finden im Lager riesige Zustimmung: Nähkurse, Vorträge zu Gesundheitsfragen, Mutter-Kind-Beratung und vieles mehr ermöglichen ihnen herauszukommen, sich mit anderen treffen und austauschen zu können. Gleichzeitig werden sie auf diesen Kursen über die kurdischen Gesetze und die Beratungsarbeit des Direktorats informiert.

Die Beraterinnen begeben sich mit ihrer Arbeit in direkten Konflikt mit der ideologischen Basis des IS. Eine solche Arbeit ist mutig und belastend zugleich. Es stellt sich mir die Frage, wie man die Frauen schützen kann: vor der Aggression fundamentalistischer Männergewalt, vor erneuten Kriegswirren und Verfolgung und vor der Überforderung mit den vielen selbstgestellten Aufgaben, die kein Ende nehmen. "Manchmal habe ich tagelang Kopfschmerzen und kann nachts nicht schlafen", erzählt mir

eine in einer ruhigen Minute. "Wir sind so erschöpft", sagt eine andere. "Manchmal komm ich nach Hause und schaff es einfach nicht, mich meinen Kindern und meinem Mann zu widmen oder den Haushalt zu machen."

Brüche und Kontinuitäten

Am nächsten Tag geht es weiter durch die wunderschöne kurdische Landschaft, vorbei an Ölfeldern, die Gazprom und anderen privaten Firmen gehören. Aber auch vorbei an Fotos von Peschmerga, die im Kampf gegen den IS gefallen sind. Karin erzählt, dass bis vor rund zehn Jahren Bilder mit im Kampf gegen Saddam Gefallenen die Straßen gesäumt haben und alle froh waren, als diese Zeit vorüber war. Umso bitterer ist es, jetzt wieder in die Augen so vieler junger Männer schauen zu müssen, deren Leben schon zu Ende ist. Aber auch ältere Peschmerga, die Jahrzehnte brutaler Kämpfe gegen das Baath-Regime überlebt haben und eigentlich im Ruhestand waren, sind nun im Kampf gegen den IS umgebracht worden. Die Familien sind wieder einmal in Sorge um ihre Männer und Söhne. Kontinuitäten gibt es aber nicht nur auf Seiten der Opfer, sondern auch auf Seiten der Täter. Einer der Hauptverantwortlichen der Anfal-Operationen gehörte 2014 zum Führungstrupp des IS, der den Irak eroberte. Mit dem aktuellen Sturm auf Mossul hat er schnell wieder die Seiten gewechselt und sich anscheinend der Anti-IS-Koalition angeschlossen.

Für die vielen Frauen, die Anfal überlebt und sich zusammengeschlossen haben, ist das extrem bitter. Shazade, eine von ihnen, erzählt, dass ihre jahrzehntelangen Kämpfe um Anerkennung und Unterstützung und der Wunsch nach einem Erinnerungsforum im Moment auf einem leeren Grundstück enden. Eigentlich war das Budget für den Bau eines Zentrums in Rizgary, das ihre Geschichte zeigen, aber auch ein Begegnungsort für die Zukunft werden sollte, schon bewilligt. Aber aufgrund von IS-Terror, Flüchtlingskrise und interner politischer Machtkämpfe wurde das Projekt erstmal auf Eis gelegt. Und die Witwenrenten, die die Frauen überhaupt erst seit zehn Jahren bekommen, sind halbiert worden.

Im schönen Innenhof des Jugendkulturzentrums von Kifri könnte man die Realität von Krieg und Gewalt fast vergessen. Doch sobald wir auf den IS zu sprechen kommen, legt sich eine traurige Schwere über das Gespräch. Vor gut zwei Jahren standen die IS-Truppen bis zwanzig Kilometer vor der Kleinstadt, zahlreiche Menschen suchten daraufhin Zuflucht in Kifri. Einige sind geblieben, darunter auch Sympathisanten des IS. "Wir spüren den Einfluss dieser Ideologie", erzählen die jungen Leute, die wir im Zentrum treffen. "Sie versuchen, die jungen Männer zu rekrutieren, die nichts zu tun haben und am Leben verzweifeln. Die Frauen werden zurück in die Häuser gedrängt, selbst wenn ihre Ehemänner sie verprügeln." So wird die säkulare, moderne Gesellschaft immer mehr untergraben, die die kurdische Autonomieprovinz so mühsam aufgebaut hat.

"Unsere Strategie ist: Einfach zu zeigen, dass das Leben anders sein kann." Erst vor einem Jahr haben junge Kunststudenten das verfallene Gebäude renoviert, gestrichen und schön dekoriert, zusammen mit Haukari-Mitgründer Mam Polla, der selbst als Peschmerga gegen Saddam kämpfte. Hier werden Malkurse angeboten, Ausstellungen und Konzerte organisiert. Es gab eine



Verteilung von Kerosinöfen in Kalar. Flüchtlinge aus der Region um Mossul wurden in diesem abgelegenen Lager untergebracht. Die kurdische Verwaltung hat Angst vor eingeschleusten IS-Anhängern.

lange Nacht der Poesie und Filmvorführungen mit anschließender Diskussion im Hof. "Wir haben auch ein kleines Museum der Alltagskultur eingerichtet", erklärt ein junger Mann. "Dafür sind wir von Haus zu Haus gegangen und haben die Leute nach alten Gegenständen gefragt, von traditionellen Webstühlen über alte Fernseher und Telefone bis hin zu Münzen aus der Saddam-Zeit." Ein anderer ergänzt: "Dabei haben wir die Geschichte Kifris erkundet, eine jahrtausendealte Stadt mit multireligiösen und multiethnischen Wurzeln. Einige der alten Leute haben uns den ehemaligen jüdischen Friedhof gezeigt und von den christlichen Bewohnern erzählt, die die Stadt inzwischen alle verlassen haben." Das Jugendzentrum ist inzwischen weit über Kifri hinaus bekannt, laufend kommen Schulklassen und Besuchergruppen aus der Region, um es sich anzuschauen.

Malen für die Hoffnung

Doch die jungen Leute wollen uns noch etwas anderes zeigen. Sie nehmen uns mit ins Zentrum von Kifri. Vor einem alten, kaputten Gebäude, das ganz leer aussieht, halten wir an. Wider Erwarten begrüßen uns drinnen 20 junge Frauen ganz aufgeregt. Sie ziehen uns in einen frisch renovierten Nebenraum, in dem sich lauter Staffeleien und Bilder befinden. "Die Stadt hat uns das Haus zur Verfügung gestellt", erzählen die Frauen mit leuchtenden Augen, "wir sollen hier eine Kunstausstellung aufbauen. Im Jugendkulturzentrum haben wir Malkurse gemacht. Einige der Bilder sind dort entstanden. Andere sind von Künstlerinnen aus Sulaimania und Bagdad." Staunend betrachte ich die Bilder, eine wilde Mischung aus allen möglichen Stilen und Motiven, die die Lebendigkeit, aber auch den Schmerz dieser Frauen zeigen. Auf einem Bild ist eine Allee mit zwei Menschen zu sehen, ein Mann im Hintergrund und eine Frau im Vordergrund, Blut vor sich auf dem Boden. "Das ist die Beziehung zwischen Mann und Frau, am Ende verliert immer die Frau ihr Herz", erklärt die Künstlerin. Ein anderes Bild zeigt ein Frauenportrait – mit zugenähtem Mund. Wieder andere zeigen Träume, Sehnsüchte, schöne freie Frauen, Landschaften und Farben.

Die jungen Frauen hören nicht auf zu erzählen. Sie sind jetzt eine feste Malgruppe, wollen sich in diesem Gebäude regelmäßig treffen, eine Ausstellung organisieren, Malkurse anbieten. Sie müssen einfach raus von Zuhause, sie wollen etwas Neues machen. Mit den Jungs aus dem Kulturzentrum haben sie verabredet, dass sie ihnen helfen, den Rest des Gebäudes zu renovieren, für eine Teestube, Werkstätten, Gruppenräume. "Wir brauchen viele Orte für junge Leute in Kifri, wir brauchen etwas zu tun, wir brauchen Hoffnung." Die Energie dieser Frauen macht mich sprachlos. Karin sagt, sie komme seit über zwanzig Jahren nach Kifri, doch eine solche Gruppe junger Frauen habe sie noch nie gesehen. Kifri ist sehr konservativ und die Frauen sind fast nie außerhalb des Hauses zu sehen. Diese Aufbruchsstimmung ist neu und in diesem Umfeld ungemein bewegend. Kann es sein, dass ich inmitten einer abgeschiedenen, vom IS bedrohten verarmten Kleinstadt im Nordirak lerne, wie es geht, das Leben zu feiern?



Malen ist für die jungen Frauen ein Ausweg aus einem meist trostlosen Alltaa.

Seit vielen Jahren unterstützt medico die Arbeit von Khanzad und Haukari im Nordirak. 2016 wurden das Jugendzentrum, die Flüchtlingshilfe und die Struktur von Khanzad mit 65.508,85 € gefördert.

Flucht und Migration

Orte der Zuflucht und Würde

Viele Flüchtlinge haben in ihrem Herkunftsland oder auf den Migrationsrouten brutale Gewalt erfahren. Wer illegal reisen muss, ist Menschenhändlern, Räubern und Grenzschützern schutzlos ausgeliefert. Ein wenig Ruhe und Sicherheit – zumindest vorübergehend – bieten Rast- oder Zufluchtshäuser von und für Migranten entlang der Routen. Fünf von medico geförderte Beispiele. Von Ramona Lenz.

Mexiko: Herbergen entlang der Bahngleise

Nicht erst seit US-Präsident Trump die Grenze zu Mexiko hermetisch abriegeln will, ist die Situation für Migrantinnen und Migranten in Mexiko katastrophal – zumal auch Mexiko selbst in der Bekämpfung der Migration aus Zentralamerika aktiv ist. So kooperiert das Land bereits seit 2014 mit den USA im Programm "Frontera Sur", um Illegalisierte weit vor der US-mexikanischen Grenze aufzuhalten und zurückzuschicken. Die Haupttransitrouten durch Mexiko verlaufen entlang der Gleise, auf denen die Güterzüge durch das Land fahren. Die Reise auf dem Dach der Züge ist irrwitzig gefährlich. Entlang der Gleise gibt es aber immerhin rund 60 Herbergen, in denen Flüchtlinge für einige Tage unterkommen können. Hier finden sie einen Schlafplatz, medizinische Grundversorgung und Nahrung. Sie können Wäsche waschen und mit ihren Angehörigen telefonieren. So auch in der Herberge "La 72" in Tenosique, die medico seit einigen Jahren unterstützt. Tenosique ist eine der wichtigsten Stationen auf dem Weg in die USA, da eine der Hauptbahnstrecken in Richtung Norden hier beginnt. Obwohl Franziskanerbruder Fray Tomás, der die Herberge leitet, wiederholt Morddrohungen von kriminellen Banden erhalten hat und wegen Menschenhandels anklagt wurde, setzt er seine Tätigkeit zum Schutz der Migrantinnen und Migranten unbeirrt fort.

Mali: Abgeschoben

Mali gehört zu den sieben afrikanischen Ländern, in denen die EU derzeit auf die Unterzeichnung eines Rückübernahmeabkommens drängt und wohin Abschiebungen aus Europa seit einiger Zeit forciert betrieben werden. Roméo Ntamag und sein Cousin Patrice Bobkar Zinahad, beide aus Kamerun, sind bereits vor zwölf Jahren auf ihrer Reise Richtung Norden gescheitert und in der malischen Hauptstadt gestrandet. Doch anstatt aufzugeben gründeten sie den Verband der abgeschobenen Zentralafrikaner in Mali (ARACEM). Mit der Unterstützung von medico gelang es, ein Haus anzumieten, in dem abgeschobene Migranten eine erste Anlaufstelle finden und für ein paar Tage zur Ruhe kommen können. Für die Abgeschobenen ist das Team um Roméo und Patrice oft der erste Lichtblick auf ihrer langen Reise. Es gibt medizinische und psychosoziale Hilfe, warme Mahlzeiten und tröstende Worte. Doch große Hoffnungen können auch sie ihnen nicht machen. An Arbeit ist in der Hauptstadt Malis kaum zu denken, für junge Malier nicht und erst recht nicht für Migranten aus Zentralafrika. Viele packen daher schon bald wieder ihre wenigen Sachen und machen sich erneut auf den Weg.

Marokko: Gefangen im Transit

Marokko ist in den letzten Jahren zu einem wichtigen Transitland für Menschen aus Subsahara-Afrika und inzwischen auch aus dem Irak, Syrien Afghanistan oder Bangladesch geworden. Da sich die meisten illegal im Land aufhalten, ist ihre Zahl schwer zu schätzen. Doch seit die Grenzzäune zu den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla stark aufgerüstet wurden, hat sich die Weiterreise der Migrantinnen und Migranten nach Europa erheblich erschwert. Aus dem geplanten Transit wird ein Daueraufenthalt. Viele der Migrantinnen und Migranten sind obdachlos. Weil sie Angst vor einer Abschiebung haben, besuchen sie keine öffentlichen Krankenhäuser und private Arztpraxen können sie sich nicht leisten. Seit November 2015 unterstützt medico gemeinsam mit afrique-europe-interact ein Rasthaus in Rabat, der Hauptstadt Marokkos, wo Frauen und ihre Kinder für bis zu drei Monate Ruhe und Sicherheit finden können. Diese Wohnungen werden von der Selbstorganisation kongolesischer Migranten und Migrantinnen in Marokko



Ein Ort, um nach der Abschiebung neuen Mut zu sammeln. Das Rasthaus von ARACEM in der malischen Hauptstadt Bamako.

[ARCOM] betreut, die der Buchautor Emmanuel Mbolela mitgegründet hat. Inzwischen besteht das Rasthaus aus drei Wohnungen, die insgesamt dreißig Frauen und zehn Kindern Platz bieten.

Serbien und Griechenland: Hotels der anderen Art

Nachdem Europa die Landesgrenzen wieder dicht gemacht, die "Balkanroute" offiziell geschlossen und den EU-Türkei-Deal geschmiedet hat, stecken Zehntausende Flüchtlinge im Osten und Südosten des Kontinents fest. Rund 60.000 Menschen sind es allein in Griechenland. Sie alle stehen vor zwei trostlosen Alternativen: Entweder sie begeben sich in eines der offiziellen und oftmals überfüllten Lager und liefern sich damit einer technokratischen Migrationskontrolle sowie einer drohenden Abschiebung aus. Oder sie versuchen, sich irgendwie auf eigene Faust durchzuschlagen. Von den offiziell 7.700 Flüchtlingen in Serbien etwa leben viele auf der Straße, in Parks oder in heruntergekommenen Lagerhäusern. Diese Umstände haben im vergangenen Jahr dazu geführt, dass mitten in Europa wieder Menschen erfrieren. Kleine Lichtblicke im abgeschotteten Europa bilden selbstorganisierte Zufluchtsstätten. In Belgrad unterstützte medico gemeinsam mit der Initiative "Moving Europe" 2015 und 2016 das ehemalige Starhostel, das zum Rasthaus für Flüchtlinge, Migranten und Migrantinnen umgenutzt wurde. Bis zu 35 Menschen konnten hier unterkommen, vor allem Familien, unbegleitete Minderjährige und Kranke. In Athen stand das City Plaza Hotel jahrelang leer, bis eine Athener Aktionsgruppe es im April 2016 für Flüchtlinge herrichtete. Um die 400 Menschen leben seither dort, unter ihnen viele Kinder. Staatliche Unterstützung gibt es keine, dafür

aber gutes Essen, saubere Flure, eine Apotheke, einen Friseur sowie Sprachkurse, eine Bibliothek und Rechtsberatung. Alles finanziert mit Spenden und auf der Basis freiwilliger und unentgeltlicher Arbeit. "Wir leben zusammen – Solidarity will win" lautet das Motto im City Plaza.

Egal, in welches Land man schaut: Alle von medico unterstützten Herbergen und Rasthäuser geraten immer wieder unter Druck. Gewaltandrohungen und Räumungsklagen machen es schwer, die wertvolle Arbeit von und mit Geflüchteten aufrechtzuerhalten. Die Rasthäuser und Herbergen sind Orte der Solidarität und Würde und geben den Menschen auf der Flucht ein wenig von dem zurück, was ihnen unterwegs genommen wurde: Selbstbestimmung, Individualität und Schutz. Vor allem aber sind sie das gelebte Gegenteil zur brutalen Abschottung, zur der die USA und die EU keine Alternative mehr sehen.

Flucht und Migration war 2016 erneut einer der Förderschwerpunkte. medico unterstützte Projekte in diesem Bereich mit insgesamt 364.964,44 €. Hinzu kommen Flucht- und Migrationsprojekte, die aus Regionalbudgets finanziert werden.

Erfolgreiche Kampagne der Medibüros und Medinetze

Gesundheit für Geflüchtete in Deutschland



Ein langer Weg bis zur Gleichberechtigung im Gesundheitswesen. Registrierung von Geflüchteten in Berlin 2015.

Seit vielen Jahren setzen sich die Medibüros und Medinetze in Deutschland für Menschen ohne zureichenden Krankheitsschutz ein. Mit ihrer von medico unterstützen Kampagne fordern sie die Einführung der Gesundheitskarte für alle Geflüchteten.

Warum ist für Geflüchtete eine Gesundheitskarte besser als ein Behandlungsschein?

Wird in Kaiserslautern eine Asylsuchende krank, darf sie nicht einfach eine Ärztin aufsuchen. Vielmehr muss sie bei der Kommune vorstellig werden und einen Behandlungsschein beantragen. Ob sie ihn bekommt, entscheidet eine medizinisch nicht geschulte Sachbearbeiterin. Wird sie danach zu einer Fachärztin geschickt, muss sie vorher erst wieder zurück zum Sozialamt, um eine

Facharztüberweisung zu bekommen. Das ist ein Spießrutenlauf, bei dem viel Zeit und Geld zum Beispiel für Fahrtkosten verloren geht. Viele Asylsuchende scheuen die Hürden und verschleppen Krankheiten, was wiederum Folgekosten nach sich zieht. Im nahegelegenen Trier hingegen haben Asylsuchende seit Neustem eine Gesundheitskarte und damit das Recht, direkt eine Arztpraxis aufzusuchen, genau wie deutsche Staatsbürgerinnen und -bürger.

Was passiert im Notfall?

Im Notfall gehen alle Asylsuchenden direkt ins Krankenhaus, es sei denn, sie sind in einem Heim untergebracht. Dann entscheidet die wachhabende Person, was geschieht. Kommt eine Asylsuchende mit Gesund-

Wie kommt es zu dem Flickenteppich in der Gesundheitsversorgung für Geflüchtete?

Es ist vollkommen absurd, dass die Person aus einer Kommune eine ganze andere Gesundheitsversorgung erhält als eine andere Person aus der Nachbarkommune. Asylsuchende können sich ja nicht aussuchen, wo sie wohnen. Wir fordern daher eine gleichberechtige Versorgung für alle, bedarfsgerecht auf dem Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung. Da es 2015 relativ harte Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zu den Asylpaketen I, II und III gab, die auf den Kompromiss hinausliefen, dass die Länder über die Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete entscheiden, wird auf Bundesebene wohl vorerst nichts passieren. Die Kommunen haben aber viel Gestaltungsspielraum, den sie besser nutzen könnten. Es gibt auch Kommunen, die das machen. Bremen zum Beispiel, das die Karte schon 2005 eingeführt hat. 2012 hat Hamburg nachgezogen. Seit 2015 gibt es nun eben die Möglichkeit im Bundesgesetz, dass auch Flächenstaaten die Gesundheitskarte einführen. Das haben auch viele getan, die Ausgestaltungen sind aber sehr unterschiedlich. Schleswig-Holstein und Thüringen haben es beispielsweise so geregelt, dass das Land die Kosten übernimmt und die Kommunen verpflichtet, die Gesundheitskarte einzuführen. Das heißt, in diesen Ländern gibt es flächendeckend die Gesundheitskarte und keinen Behandlungsschein mehr. Das ist unseres Erachtens eine sehr sinnvolle und gute Lösung. In anderen Flächenstaaten, vor allem in NRW, kann die Kommune selbst entscheiden, ob sie die Gesundheitskarte einführt. Viele Kommunen machen das nicht, weil sie sagen, es sei zu teuer.

Stimmt das? Ist die Gesundheitskarte teurer als die Behandlung mit Behandlungsschein?

Wir glauben, das ist ein vorgeschobenes Argument. Die Kosten werden unseres Erachtens nicht richtig kalkuliert. Man muss genau wissen, welche Kosten hinzukommen und welche wegfallen. Oft werden die, die eingespart werden, nicht in die Kalkulation mit einbezogen. Viele Lokalverwaltungen sagen dann erstmal, das machen wir nicht. Das ist uns zu teuer. Als wir das entdeckt haben, haben wir ein zehnseitiges Papier entwickelt, in dem wir die Kosten und unsere Argumente detailliert aufführen. Dieses Papier haben wir dann bundesweit gestreut und das Gespräch mit Lokalpolitikerinnen und -politikern gesucht. In Trier und in Thüringen ist es den Engagierten vor Ort tatsächlich gelungen, die Entscheidungsträger von unserer Position zu überzeugen. Dort gibt es jetzt eine Gesundheitskarte für Geflüchtete.

Diese Fokussierung auf Kosten hat auch eine problematische Seite. Man könnte ja sagen, Gesundheit ist ein Menschenrecht, egal wie teuer es ist.

Das ist richtig. Wenn wir uns darauf zurückgezogen hätten, hätten wir aber nichts erreicht. In der ganz konkreten politischen Umsetzung hängt einfach alles an diesen Kosten. Und wir haben gemerkt, dass es hilfreich ist, wenn man gute Argumente und Belege hat. Am Ende bleibt die Feststellung: Die Gesundheitskarte für Geflüchtete ist billiger, administrativ geschickter und barrierefreier für die betroffenen Personen. Was bleiben da für Gegenargumente außer: Wir wollen es nicht, weil wir die Leute hier diskriminieren wollen?

Das Interview führten Anne Jung und Ramona Lenz.

medico hat die Kampagne der Medibüros und Medinetze 2016 mit 30.258,00 € gefördert.



Mirjam Schülle

vom MediNetz Bielefeld ist Gesundheitswissenschaftlerin. Sie betreut die Kampagne "Gesundheit für Geflüchtete", die die Medibüros und Medinetze seit Ende 2015 mit Unterstützung von medico umgesetzt haben, um die Gesundheitsversorgung für Geflüchtete in Deutschland zu verbessern. Die deutschlandweit 33 Medibüros und Medinetze sind seit vielen Jahren im Bereich der Gesundheitsversorgung für Geflüchtete und Migranten ohne zureichenden Krankheitsschutz tätig. Wichtige Bestandteile der Kampagne waren die Erstellung der Webseite www.gesundheit-gefluechtete.info, wo sich Ärztinnen und Unterstützer über rechtliche Grundlagen und politische Entwicklungen informieren können, sowie die Forderung nach einer flächendeckenden Einführung der Gesundheitskarte für Geflüchtete.

Aktionen & Kampagnen

Grenzen und ihre Überwindung

Tagungen gegen Europas Abschottungspolitik und ihre Folgen

Nicht erst seit dem Deal mit der Türkei vom März 2016 versucht die Europäische Union, Flüchtlinge bereits weit vor den Grenzen Europas aufzuhalten. Schon seit vielen Jahren werden Herkunfts- und Transitländer vor allem in Afrika mit Druck und Geld in die Abschottungspolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten eingespannt. Auf einem von medico gemeinsam mit Brot für die Welt und Pro Asyl organisierten Fachtag in Berlin am 23. Februar 2016 diskutierten NGO-Vertreterinnen und -vertreter aus Deutschland, der Türkei, West- und Ostafrika, darunter mehrere Partner von medico, die fatalen Konsequenzen dieser Politik – auch für das Selbstverständnis Europas, dem Wohlstandswahrung und die eigene Sicherheit wichtiger sind als Menschenrechte, Entwicklung und die Sicherheit von Migrantinnen und Migranten.

Welche Parallelen und Unterschiede es zwischen dem europäischen und dem US-amerikanischen Grenzregime gibt, war Gegenstand einer weiteren medico-Tagung, die in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung, deren Berliner Bildungswerk und borderline europe am 18. Oktober 2016 in Berlin stattfand. Hier wie dort verwehrt der wohlhabende Norden Menschen aus dem globalen Süden legale Einreisemöglichkeiten. Dies wird immer stärker durch die Einbindung mehr oder weniger nah angrenzender Herkunfts- oder Transitregionen realisiert. Die Externalisierungspolitik hat in beiden Regionen zur Gründung zivilgesellschaftlicher Netzwerke geführt, die der repressiven Abschottungspolitik eine solidarische Unterstützung Migrierender und Flüchtender entgegenstellen. Beide Tagungen boten so auch Gelegenheit für Kontinente überspannende Vernetzung und Solidarisierung.



Gegen die Abschottung. Fachtagung mit medico-Partnern in Berlin.

Gesundheitspolitik demokratisieren

Globale Gesundheit: medico hat internationale Plattform G2H2 mitgegründet

Von Diabetes über Krebs bis zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen: Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO sind 2015 weltweit fast 40 Millionen Menschen an solchen chronischen, nichtübertragbaren Krankheiten gestorben, mehr als jemals zuvor - und drei von vier Toten lebten im globalen Süden. Hierbei spielt die Global Economy eine entscheidende Rolle: Internationale Tabak-, Nahrungs- und Getränkekonzerne drängen mit ihren zucker- und fetthaltigen Lebensmitteln und Zigaretten noch auf die entlegensten Märkte des Globus. Gleichzeitig verdient die Gesundheitsbranche prächtig am Verkauf von Pillen und Diagnosegeräten. "Es geht in dieser Welt etwas auf fundamentale Weise schief", bemerkte Margaret Chan kurz vor dem Ende ihrer Amtszeit als WHO Generaldirektorin, "wenn Unternehmen politische Maßnahmen anfechten können, die die Öffentlichkeit vor gesundheitsgefährdenden Produkten schützen sollen."

Das zeigt, wie wichtig es ist, Gesundheitspolitik durch politischen Druck von unten vor kommerziellen Interessen zu schützen – und das auch in der internationalen Arena. Im Mai 2016 hat medico gemeinsam mit dem Medicus Mundi International Network und anderen NGOs wie dem People's Health Movement den Geneva Global Health Hub (G2H2) gegründet. Die Plattform bietet zivilgesellschaftlichen Initiativen den Raum für strategische Debatten und Analysen. Sie soll die Stimmen für eine transparente und demokratische Gesundheitspolitik bündeln und verstärken.

Wie notwendig eine kritische Intervention am Sitz der WHO in Genf ist, zeigt der Vorstoß der WHO, die Bill and Melinda Gates Foundation in ihr Verwaltungsgremium aufzunehmen. In einem offenen Brief an die WHO zeigt der G2H2 die offenkundigen Interessenskonflikte auf: Gelder der Stiftung stecken in vielen Unternehmen, die gesundheitsschädliche Produkte herstellen, darunter Coca Cola und der Lebensmittelriese Walmart. Die Plattform fordert die Rücknahme der Entscheidung und die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge der Länder, um die Unabhängigkeit der WHO wiederherzustellen.



Saaeda Khatoon, Klägerin gegen KiK, und Nasir Mansoor von der Gewerkschaft NTUF vor dem KiK-Firmensitz in Bönen/Westfalen.

Es darf sich nicht wiederholen

Textilindustrie: Eine Rundreise von Brandopfern aus Pakistan durch Deutschland

Der Brand in der pakistanischen Fabrik Ali Enterprises war der erste von drei großen Unfällen in der globalisierten Textilindustrie in Südasien, die 2012 und 2013 weltweit für Entsetzen sorgten. Mit Hilfe des medico-Partners, der Gewerkschaft NTUF, haben sich die Überlebenden und Hinterbliebenen in der Vereinigung Ali Enterprises Fire Affectees Association (AEFAA) organisiert und mit Unterstützung von medico und Anwälten von ECCHR in Deutschland am Landgericht Dortmund Zivilklage gegen KiK als einen Hauptauftraggeber von Ali Enterprises eingereicht. Eine Klägerin ist Saeeda Khatoon, die für alle Textilarbeiterinnen und Textilarbeiter das Wort ergreift - in Pakistan ebenso wie in Deutschland. Auf einer von medico organisierten Rundreise im Juni 2016 berichteten sie und ein zweiter Kläger, Abdul Aziz Khan, vielerorts von ihrem Leid und von ihrem Kampf um Gerechtigkeit: im Ministerium für Entwicklung, bei Treffen mit Bundestagsabgeordneten, auf einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin und bei gut besuchten öffentlichen Veranstaltungen in Düsseldorf, Lünen, Frankfurt und Bönen in Westfalen, dem Hauptsitz von KiK, sowie in Interviews mit Zeitungen, Radiostationen und TV-Sendern. Überall machte sie deutlich: "Wir wollen keine Almosen, sondern Gerechtigkeit. Und wir wollen, dass sich ein solches Unglück nicht wiederholt, bei uns nicht und auch sonst nirgendwo."

Wenige Wochen später traf das Landgericht Dortmund die Entscheidung, den klagenden Textilarbeitern aus Pakistan Prozesskostenbeihilfe zuzusprechen. Das Gericht hat damit nicht nur bestätigt, für den Fall zuständig zu sein und die Klage ernstzunehmen. Es hat sich auch auf ein Wagnis eingelassen: Erstmals wird über eine Katastrophe wie bei Ali Enterprises dort verhandelt, wo der internationale Auftraggeber sitzt. Damit ist die Möglichkeit eröffnet, ein wegweisendes Urteil zu dessen Verantwortung und Haftung in einer ausbeuterischen globalen Verwertungskette zu fällen.

Eine filmische Dokumentation der Reise und Auszüge aus dem großen Medienecho finden Sie im Internet unter: www.medico.de/kik-klage

Medienmacher in Brasilien

Mit anderen Worten

Das Regierungsprojekt der Arbeiterpartei [PT] ist auch über das Medienmonopol der alten Eliten gestürzt. Das Debattenportal Outras Palavras um Antonio Martins setzt sich für linke Perspektiven ein.



Antonio Martins ist Gründer und Redakteur des Debattenportals und medico-Partners Outras Palayras (Andere Worte)

"Jede große Niederlage sorgt für Bestürzung. Aber bestimmte Aspekte haben in den langen Monaten, die sich der Putsch in Brasilien hingezogen hat, das Gefühl der Ohnmacht verstärkt. Wie konnten ein degradiertes Parlament, rückständige Medien und dekadente Unternehmen siegen?". So beginnt eine mehrteilige Analyse der brasilianischen Verhältnisse, die Antonio Martins 2016 auch bei medico veröffentlicht hat (www.medico.de/projekte/brasilien). Dass der Journalist nach der Rolle der Massenmedien bei der Amtsenthebung von Dilma Rousseff im Sommer 2016 fragt, ist nicht verwunderlich: Über Monate hinweg hatte die größte Mediengruppe des Landes, Rede Globo, den rechten Protest gegen Rousseff befeuert und halblegale Haushaltstricks zum Verrat am Volk aufgebauscht. Höchst selten hingegen lieferten die Medienmonopole, die sich in der Hand weniger Familien befinden, Details über die Korruption in den konservativen Parteien und deren klientelistische Bereicherungspolitik. An der Monopolstellung der großen Medien hatte sich – ebenso wie an den Subventionen für private Medienunternehmen – in dreizehn Regierungsjahren der PT nichts geändert.

Antonio Martins stellt dieser Dominanz andere Informationen und eine andere Kommunikation gegenüber. Die Suche nach Alternativen zur kapitalistischen Vergesellschaftung begleitet den früheren attac-Koordinator und Mitbegründer der Weltsozialforen, die 2001 im brasilianischen Porto Alegre ihren Ausgang nahmen, seit Jahrzehnten. Nachdem Martins Mitherausgeber der brasilianischen Ausgabe von Le Monde diplomatique war, gründete er 2009 zusammen mit anderen Journalistinnen und Journalisten Outras Palavras. Das seit 2016 von medico geförderte Nachrichten- und Debattenportal verbindet kritischen Journalismus mit den neuen kommunikativen Möglichkeiten: Dialog und Partizipation, das Aufbrechen des Verhältnisses Autorin/Konsument durch Social Media, Blogs, vor allem aber auch durch Workshops und Journalismus-Seminare. Die enge Zusammenarbeit mit einem großen Netzwerk ermöglicht es der Redaktion in São Paulo, tagesaktuelle Beiträge und fundierte Hintergrundartikel zu erstellen. Und wie sie stets nach gesellschaftlichen Alternativen fragte, kritisierte sie auch das auf Industrialisierung und Großprojekte setzende Entwicklungsmodell, wie es auch die PT-Regierungen gegen indigene und linke Proteste durchsetzte.

Die Machtübernahme durch eine rechte Regierung drängt die Redaktion, so Martins, zu einer Auseinandersetzung mit einem gesellschaftspolitischen Rollback – aber auch zu einer Revision des gestürzten linken Regierungsprojektes. Seine Analyse endet denn auch mit einer Frage, die auch eine Aufforderung ist: "Der Kampf gegen das brasilianische System von "Herrenhaus und Sklavenhütte", für die Überwindung der Ungleichheit ist aktueller denn je. Auf der anderen Seite geht mit der Niederlage der Linken ein Projekt unter, dem wir alle auf die ein oder andere Art und Weise verbunden waren. Sind wir kühn genug, dieses Projekt zu überwinden, darüber hinauszugehen?"

Moritz Krawinkel

Neben Outras Palavras unterstützt medico in Brasilien Initiativen, die sich für Menschenrechte, Umweltschutz und eine Gesundheitsvorsorge für alle einsetzen, 2016 mit 115.645,00 €.

Gesundheitsaktivistin in Südafrika

Wider die Prekarisierung

Juliet Kabe vom Khanya College Johannesburg setzt sich für menschenwürdige Arbeitsbedingungen der Community-Health-Worker und eine Gesundheitsbewegung von unten ein.



Einst war sie selbst Care Workerin. Jetzt unterstützt Juliet Kabe in einem medico-Netzwerkprojekt die Kämpfe der prekarisierten Gesundheitsarbeiterinnen um rechtliche Anerkennung.

"Was tust du als Gemeinde-Gesundheitsarbeiterin, wenn du einen Patienten bei der Medikamenteneinnahme unterstützen sollst, er aber nicht genug zu essen hat und die Medikamente auf leeren Magen nicht verträgt: Gibst du ihm die Medikamente trotzdem oder ziehst du los und besorgst aus der eigenen Tasche Lebensmittel?" Als Juliet Kabe als Gesundheitsarbeiterin in einem Armenviertel arbeitete, war sie tagtäglich mit dem Widerspruch konfrontiert, ausgleichen zu sollen, was ungleiche Lebensverhältnisse und Armut mit der Gesundheit der Menschen anrichten. Diese Erfahrung hat sie sehr berührt. Sie hat sie dazu gebracht, sich mit der prekären Situation der Gesundheitsarbeiterinnen zu beschäftigen: Für kargen Lohn und weitgehend rechtlos üben die Frauen und wenigen Männer eine extrem wichtige Tätigkeit im öffentlichen Gesundheitsdienst aus.

Inzwischen ist Juliet am Khanya College Johannesburg tätig und kämpft in der Provinz Gauteng für bessere Arbeitsbedingungen der Gesundheitsarbeiterinnen in den Gemeinden. Seit 2014 setzt sich das Khanya College in einem von medico geförderten Netzwerkprojekt gemeinsam mit sechs Partnerorganisationen dafür ein, die Selbstorganisation der Care Worker zu stärken. Mit großem Organisationstalent und viel Herzblut hat Juliet mit dazu beigetragen, dass 2016 ein erster großer Erfolg gelungen ist: Das Arbeitsgericht erkannte am 18. März an, dass Care Worker keine freiwilligen Helferinnen sind, sondern Arbeiter – und damit für sie auch das übliche Arbeitsrecht gilt. Ein wegweisendes Urteil. Doch kaum war es gesprochen, begann das Gesundheitsministerium die Arbeitsverträge kurzerhand an eine Privatfirma auszulagern. Die Frauen im Gauteng Community Health Care Forum gaben allerdings nicht auf: In fast 80 lokalen Kliniken organisierten sie Komitees. Petitionen, Informationsveranstaltungen und Protestmärsche folgten – bis sich der Gesundheitsminister gezwungen sah, auf den Protest zu reagieren. Noch ist der Ausgang ungewiss.

Unabhängig davon aber hat das Projekt eine Dynamik der Selbstermächtigung der bislang Ausgebeuteten in Gang gesetzt. Es sei eine Plattform entstanden, erzählt Juliet, mit deren Hilfe sich die Gesundheitsarbeiterinnen vernetzen und über ihre Erfahrungen und Sorgen, aber auch über ihren gemeinsamen Kampf sprechen. "Im Alltag sind die Frauen oft auf sich allein gestellt. Hier aber stärken sie sich gegenseitig den Rücken." Doch auch sie selbst habe sich durch das medico-Projektnetzwerk verändert. "Ich habe gelernt, wie man Budgets aufstellt, Baselinedaten erhebt, Berichte schreibt und eigenständig Projekte managt. Das macht mich stark."

Maria Hartmann und Usche Merk

2016 hat medico das vom BMZ kofinanzierte dreijährige Projekt mit 188.570,55 Euro unterstützt. Eine partizipative Wirkungsbeobachtung, an der alle sechs Netzwerkpartner beteiligt waren, belegte die im Projektverlauf entstandene Dynamik der Selbstermächtigung. Daher wurde entschieden, beim BMZ einen Folgeantrag für drei weitere Jahre zu stellen.

stiftung medico international

Sprung nach Vorne



Im Juni 2016 wurde der Grundstein des neuen medico-Hauses in der Lindleystraße im Frankfurter Ostend gelegt.

Die Stiftung hat im Jahr 2016 so viele medico-Projekte wie nie zuvor gefördert. Gleichzeitig ist der von ihr getragene Bau des medico-Hauses weit vorangeschritten.

Die stiftung medico international wurde Ende 2004 mit dem Ziel ins Leben gerufen, die Unabhängigkeit der Arbeit von medico in der Zukunft mitabzusichern. Zwölf Jahre später zeigt sich, wie dieses Ziel mehr und mehr Wirklichkeit wird. Dank der vielen in den vergangenen Jahren getätigten Zustiftungen hat sich das Vermögensvolumen massiv erhöht: Mit einer Gesamtfördersumme von 280.000 Euro konnte die Stiftung 2016 elf medico-Projekte fördern – deutlich mehr als jemals zuvor. Sieben dieser elf Projekte sind sogar ausschließlich oder weitgehend von der Stiftung finanziert worden. Gefördert wurden zum Beispiel die Bundesschule der brasilianischen Landlosenbewegung und das Freedom Theater in den besetzten Gebieten im Westjordanland. Darüber hinaus ist die Stiftung auch ihrer zweiten Kernaufgabe nachgekommen, nämlich gesellschaftspolitische Debatten für eine andere, gerechtere Welt zu initiieren und zu stärken. So hat sie im Juni 2016 das Stiftungssymposium "Europa: Ein Handlungsfeld für die mögliche andere Welt" veranstaltet, das Perspektiven jenseits von Eurozentrismus, Bürokratie und Profit auslotete. Wie groß das Bedürfnis nach Orten des gemeinsamen Nachdenkens ist und wie sehr die Stiftung Themen zu setzen weiß, bewies schon der große Zuspruch: Statt der erwarteten 150 Gäste drängten sich im Frankfurter Haus am Dom fast 300.



Stiftungsbericht 2015-2016 Eine 20-seitige Broschüre zum Bestellen für alle, die tiefer in die Entwicklung der Stiftung einsteigen wollen: Anlagestrategien, Bilanz, Projektförderung, Symposien.

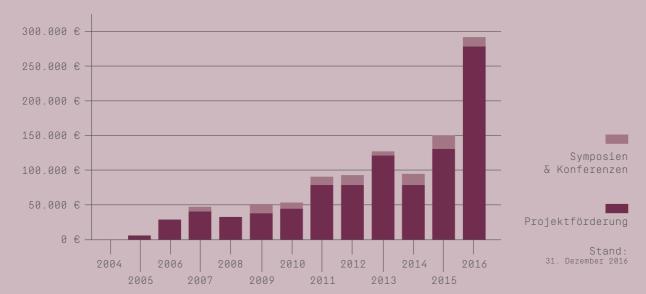
Entgegen der durch das dauerhaft niedrige Zinsniveau ausgelösten allgemeinen "Stiftungskrise" kann die medico-Stiftung ihren satzungsgemäßen Zwecken also weiterhin nachkommen. Das belegt auch der Ende des Jahres erschienene Stiftungsbericht 2015–2016, der die jüngsten Entwicklungen und Aktivitäten dokumentiert und transparent macht. Hier wird auch ausführlich über den vielleicht bedeutendsten Schritt zur Zukunftssicherung von medico berichtet: Nachdem die Stiftung 2015 einen größeren Teil ihres Vermögens aus dem Kapitalmarkt abgezogen und in ein Grundstück im Frankfurter Ostend investiert hatte, haben dort 2016 die Baumaßnahmen für das medico-Haus begonnen. Am 9. Juni wurde der Grundstein gelegt. In den folgenden Monaten wuchs der Rohbau des siebenstöckigen Gebäudes in die Höhe, so dass am 24. November das Richtfest gefeiert werden konnte. Schon im Herbst 2017 wird medico – Stiftung wie Verein – das neue Domizil beziehen.

Bei der Planung des Gebäudes wurde großer Wert darauf gelegt, einen Raum entstehen zu lassen, der zwar Platz für Büros, aber eben auch den Ort für ein gemeinsames und öffentliches Nachdenken darüber bietet, was solidarisches Handeln in einer näher zusammenrückenden Welt meint. Dieses Anliegen scheint sich umzusetzen. Neben medico wird auch die "Frankfurter Wohnraumhilfe", die zurzeit vor allem mit der Unterbringung von Geflüchteten beschäftigt ist, in das Haus einziehen, ebenso der "Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Asyl", der sich um die psychosoziale Betreuung von Flüchtlingen kümmert, Teile des Vereins "beramí", der sich für die berufliche Integration von Frauen mit Zuwanderungsgeschichte engagiert sowie ein Projekt, das Ärztinnen und Ärzten aus dem Ausland dabei hilft, die deutsche Approbation zu erlangen. So wird ein gemeinsames Arbeiten möglich, das die großen Themen der Zeit – Wohnen, Bildung, Gesundheit, Flucht und Migration – aus globaler Perspektive betrachtet. Das Haus aber ist nicht nur auf Solidarität gebaut – es ist ihr auch verpflichtet. Bei der Grundsteinlegung wurde eine Urkunde in einem Bauschacht versenkt, die neben einem Dank an die Stifter auch einen Wunsch enthielt: "Von dem Haus mögen viele inspirierende Ideen und konkrete Hilfen für eine friedliche und solidarische Welt ausgestrahlt werden".

Thomas Gebauer

STEILER ANSTIEG Die Entwicklung der Fördersummen

Im Jahr 2005 förderte die Stiftung erstmals ein medico-Projektvorhaben, damals mit 7.250 Euro für ein einziges Projekt. Seitdem sind die jährlich zur Verfügung stehenden Fördersummen kontinuierlich nach oben gegangen: 2015 standen 130.000 Euro zur Verfügung, 2016 war es der Rekordbetrag von 280.000 Euro. Seit 2007 unterstützt die Stiftung zusätzlich auch die medico-Symposien, 2015 mit 20.000 Euro, 2016 mit 13.000 Euro



Der Gesamtetat, der medico international im Berichtszeitraum zur Verfügung stand, betrug 18.435.427,67 €. Gegenüber dem Vorjahr hat er sich damit um 11,7 % erhöht, was im Wesentlichen auf den Zuwachs an Zuschüssen öffentlicher Geldgeber in Höhe von 1,2 Mio. € zurückzuführen ist.

EINNAHMEN

Die Summe der Spenden, die medico 2016 erhalten hat, beläuft sich auf insgesamt 5.364.799,21 €. Darin enthalten sind auch die weitergeleiteten Spenden vom Bündnis Entwicklung Hilft (BEH) in Höhe von 664.835,45 €. Ohne die BEH-Spenden betrug das Spendenaufkommen 4.699,963,76 €. Das bedeutet eine geringfügige Reduzierung im Vergleich zu 2015 um 0,9 %. Dagegen erhöhten sich die medico ohne Zweckbindung überlassenen Spenden um 0,6 % leicht. Die Zuschüsse von öffentlicher Seite haben sich im Berichtsjahr um 26,9 % auf 5.607.551,51 € erhöht, liegen aber noch immer in einem Rahmen, der keine Gefährdung der Unabhängigkeit von medico bedeutet. Die Zuwendungen, die der Verein von Seiten der Stiftung medico international bekommen hat, sind mit 280.000 € deutlich höher als 2015. Die Ursache dafür liegt in umfangreichen Zustiftungen, die die Stiftung in den zurückliegenden Jahren erhalten hat. Erfreulich ist die Entwicklung der Fördermitgliedschaften, deren Zahl nochmals um 220 permanente Unterstützerinnen und Unterstützer von 3.230 auf 3.490 gestiegen ist

AUSGABEN

Auch in 2016 erhielt medico das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für Soziale Fragen (DZI). Der Ergebnisrechnung auf den nachfolgenden Seiten liegen die Aufwandskategorien des DZI zugrunde. Grundsätzlich wird darin zwischen Aufwendungen für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit und den Ausgaben für Werbung und Verwaltung unterschieden. Zu den satzungsgemäßen Aufwendungen von medico zählen die Projektförderung, die Projektbegleitung und die satzungsgemäße Kampagnen- und Bildungsarbeit. Diese Unterscheidung ist sinnvoll, weil nachhaltig wirksame Hilfen ohne sachgerechte Planung und Begleitung nicht möglich sind und Kampagnen zwar zuallererst Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Land meinen, aber einen

nachhaltigeren Effekt für die Verbesserung der Lebensumstände von Menschen im globalen Süden haben können als direkte Hilfen vor Ort. 2016 betrugen die Ausgaben für den satzungsgemäßen Bereich der Arbeit von medico insgesamt 10.701.147,69 € (das sind 92,06 % der Gesamtausgaben). Im Einzelnen haben wir für die Projektförderung 8.768.987,91 € [75,44 %] aufgewendet, für die Projektbegleitung 1.081.120,33 € [9,30 %] und für die Kampagnen- und Aufklärungsarbeit 851.039,45 € [7,32 %]. Die Aufwendungen für Werbung und Verwaltung lagen mit 923.122,09 € bei 7,9 % der Gesamtausgaben. Verwaltungskosten unter 10 % gelten laut DZI als niedrig. Der Projektaufwand von medico international e.V. hat sich im Berichtsjahr um 30,8 % erhöht. Das liegt zum einen an den gewachsenen Zuschüssen, aber auch an der sukzessiven Verwendung von zweckgebundenen Mitteln, die bereits in 2015 eingegangen waren.

PROJEKTE

Insgesamt konnten wir im Berichtszeitraum rund 120 Projekte fördern, darunter – als Fortsetzung laufender Programme – die Notversorgung von syrischen Flüchtlingen im Libanon und in den kurdischen Gebieten im Norden Syriens, die Stärkung der Gesundheitsdienste in Palästina und die Versorgung der sahrauischen Flüchtlingslager mit Medikamenten. Zu den großen politischen und logistischen Herausforderungen zählten die Hilfen für vom Krieg eingeschlossene Menschen in Syrien und die Wiederaufbaubemühungen in den kurdischen Provinzen des Landes. Große Aufmerksamkeit widmeten wir dem Bemühen um eine Verbesserung der Arbeitsschutzbedingungen und der Einhaltung von Sozialstandards u.a. in Bangladesch und Pakistan. In Südafrika unterstützten wir ein Programm zur Stärkung der Rolle von Gesundheitsarbeiterinnen. In Mali und Sierra Leone halfen wir abgeschobenen Migrantinnen und Migranten. Und mit kleineren, aber mitunter hoch wirksamen Maßnahmen standen wir auch Menschen, die nach Europa bzw. Deutschland geflohen waren, zur Seite. Gemeinsam mit den Medibüros und Medinetzen konnte etwa dazu beigetragen werden, dass einzelne Bundesländer und Kommunen eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge einführten. Mit der Förderung des weltweiten People's Health Movement setzten wir unseren Beitrag bei der Schaffung einer transnationalen gesundheitspolitischen Öffentlichkeit fort. Herausragend im Bereich der Kampagnen- und Aufklärungsarbeit war auch 2016 die Beschäftigung mit den Konflikten in

Syrien und im Nahen Osten, vor allem aber die Auseinandersetzung mit dem Thema Flucht und Migration. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Vorträgen, Artikeln und Interviews informierten wir über die Gründe der weltweiten Wanderungsbewegungen und warben für Weltoffenheit und Solidarität. In diesem Zusammenhang machte sich medico für die Idee einer weltweiten sozialen Infrastruktur stark, die allen Menschen an allen Orten der Welt den Zugang zu einer angemessenen und kostenfreien Daseinsvorsorge ermöglicht.

WERBEMASSNAHMEN

Eine aktive und kritische Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Aufgabe von medico international. Auch 2016 haben Publikationen wie das vierteljährlich erscheinende rundschreiben mit Informationen, Reportagen und Hintergrundberichten oder auch Sonderveröffentlichungen wie die gemeinsam mit der GEW erstellte Broschüre "Warum Menschen fliehen?" als Mittel der Gegenöffentlichkeit gewirkt. Gleichzeitig machen sie – ebenso wie der digitale Newsletter und Social-Media-Aktivitäten auf die Arbeit und die Anliegen des Vereins aufmerksam. Daneben wirbt medico bevorzugt mit Spendenbriefen, Anzeigen, Beilagen in Zeitschriften, Plakaten, Faltblättern sowie mit öffentlichen Aufrufen für seine Anliegen. Die konkreten Werbemaßnahmen umfassen zudem Erbschafts- und Bußgeldmarketing. Informationen über die Organisation lassen sich darüber hinaus dem Internetauftritt des Vereins entnehmen.

RISIKEN UND CHANCEN

Das finanzielle Fundament, auf dem medico international seine Arbeit gründen kann, hat sich 2016 weiter gefestigt. So konnten zum Ende des Berichtsjahres sowohl die Personal- und Betriebskostenrücklage als auch die Freie Rücklage erhöht werden, was uns eine noch stärkere Planungssicherheit für die kommenden Jahre gibt. Die große Resonanz, die medico in 2016 in der Öffentlichkeit und in den Medien fand, verweist auf eine große und vermutlich noch nicht einmal voll ausgeschöpfte Zustimmung zu den Zielen und Anliegen von medico. Dabei spielt das Drängen auf gesellschaftspolitische Alternativen zum herrschenden Krisengeschehen eine große Rolle. Hier zeigt sich die Stärke des besonderen Ansatzes von medico, neben der Skandalisierung von Not und Unrecht über konkrete Projekte und klare politische Forderungen auch die Vision anderer solidarischer Weltverhältnisse aufscheinen zu lassen. Das gesellschaftliche Spektrum, in das medico hineinwirkt, reicht von Kirchengemeinden, Dritte-Welt-Initiativen und Solidaritätskomitees über Gewerkschaften, politische Verbände, Wissenschaft und Kultur bis hin zu staatlichen Stellen. Erfreulich ist, dass es mehr und mehr gelingt, auch jüngere Menschen für die Arbeit von medico zu begeistern.

Die Risiken, die in der Arbeit von medico auszumachen sind, treffen vor allem die Partnerinnen und Partner im Süden. In gleich doppeltem Sinne stehen sie vor wachsenden Problemen: einerseits wächst die Kluft zwischen dem Handlungsbedarf, den sie sehen, und den tatsächlich zur Verfügung stehenden Mitteln, andererseits sorgen strikter werdende und mitunter offen repressive staatliche Maßnahmen dafür, dass der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement immer kleiner wird. Das, was unter dem Stichwort "Shrinking Spaces" inzwischen weltweit diskutiert wird, trifft auch medico. In vielen Teilen der Welt könnte es künftig schwieriger und mitunter auch gefährlicher werden, solidarischen Beistand zu leisten.

FAZIT

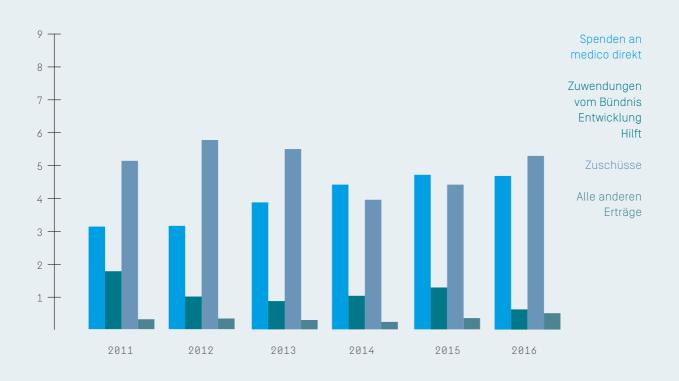
medico kann sein Engagement weiterhin auf ein solides Fundament stellen. Erfreulich ist dabei die nach wie vor garantierte Unabhängigkeit von staatlichen Zuwendungen. Das Ausmaß der heutigen Spendenbereitschaft ist allerdings keine Garantie für die Zukunft. Gerade der große Zuspruch, den medico für seinen Ansatz, Hilfe zu verteidigen, zu kritisieren und zu überwinden, erfahren hat, zeigt, wie sehr das Bewusstsein wächst, dass den Problemen der Welt nicht mehr alleine mit Hilfe beizukommen ist. Notwendig ist es, immer wieder auf jenen kritischen Begriff von Hilfe zu verweisen, den medico in den letzten Jahren entfaltet hat und der seinen Ausdruck in einem solidarischen Beistand für all jene findet, die in ihren jeweiligen Lebenszusammenhängen für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit streiten.

Thomas Gebauer

FINANZBERICHT 2016 GESAMTERGEBNIS

ERTRÄGE	2016	2015
Geldspenden	4.699.963,76	4.743.510,96
Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft	664.835,45	1.340.829,15
Zuschüsse - öffentliche Geldgeber	5.433.294,67	4.234.929,97
Zuschüsse - nicht öffentliche Geldgeber	174.256,84	182.293,90
Zuwendungen der stiftung medico international	280.000,00	130.000,00
Vermächtnisse	222.115,49	49.136,37
Bußgelder	11.396,00	52.920,00
Zinsen und ähnliche Erträge	6.972,61	19.862,67
Mitgliedsbeiträge	7.433,12	8.737,64
Periodenfremde Erträge	0,00	54.537,70
Sonstige Erträge	8.481,70	34.358,56
EINGÄNGE INSGESAMT	_11.508.749,64	10.851.116,92
Rücklagen		
nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO)		
Stand: 01. Januar	4.693.979,43	3.697.745,42
für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittel-		
abfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise er-		
folgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur		
Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins		
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3		
der Abgabenordnung (A0)	1.992.000,00	1.732.000,00
Vereinskapital am 01. Januar	240.698,60	224.266,35
HAUSHALT	_18.435.427,67	16.505.128,69

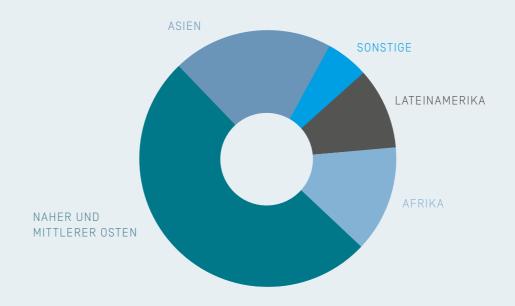
ENTWICKLUNG DER EINNAHMEN (IN MIO. EURO)



AUFWENDUNGEN	2016	2015
ProjektförderungProjektbegleitung		6.703.505,18
Satzungsgemäße Kamp, Bildungs-, Aufkl.Arbeit	851.039,45_	930.911,44
Werbung und allgemeine Öffentlichkeitsarbeit Verwaltung		

AUFWENDUNGEN INSGESAMT	11.624.269,78_	9.578.450,66
Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO) Stand: 31. Dezember für Projekte, die im Vorjahr beschlossen wurden, der Mittelabfluss zum 31.12. jedoch noch nicht oder nur teilweise erfolgen konnte, für zweckgebundene Restmittel sowie zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Verein		4.693.979,43
Freie Rücklage nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 der Abgabenordnung [A0] Vereinskapital am 31. Dezember		
HAUSHALT	18.435.427,67_	16.505.128,69

PROJEKTAUSGABEN NACH REGIONEN



GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016

	2016	2015	
EDIDÄGE	EURO	EURO	
ERTRÄGE Spenden	4 600 062 76	4 740 E10 0C	
Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft			
Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen			
Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse, Bußgelder	5.007.551,51 <u></u> 512 511 //0	4.417.223,07 222 NEG 27	
Zinsen und ähnliche Erträge			
Periodenfremde Erträge			
Sonstige Erträge			
oonstige Enrage	10.000,01	+0.000,20	
ERTRÄGE GESAMT	11.508.749,64	10.851.116,92	
AUFWENDUNGEN			
Transfers in die Projekte			
a) von Geldmitteln	7.607.680,23	5.954.239,95	
b) von Sachmitteln	603.447,27	241.992,61	
Personalaufwand			
a) Gehälter	2.044.189,68	1.970.506,95	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen			
für Altersversorgung	370.071,89	359.521,42	
Abschreibungen			
auf immaterielle Vermögensgegenstände des			
Anlagevermögens und Sachanlagen	28.180,39	32.225,13	
Sonstige Aufwendungen	970.700,32	1.019.964,60	
AUGUENDUNGEN OFGANT	44 004 000 70	0 ==0 4=0 00	
AUFWENDUNGEN GESAMT	11.624.269,/8	9.5/8.450,66	
IAUDEGEDGEDAUG	445 500 44	4 070 000 00	
JAHRESERGEBNIS	115.520,14	1.2/2.666,26	
Zuführung von Vermächtnissen	222 115 /0	40 12G 27	
Verwendung von Vermächtnissen			
Entnahme aus/ Zuführung zu freien Rücklagen			
Zuführung zu Betriebsmittelrücklagen			
Abfluss zweckgeb. Spenden aus dem Vorjahr			
Mittelübertrag aus Restmittel Spenden in Rücklagen			
Rückfluss zweckgebundener Mittel aus Rücklagen Vorjah	100.072,00 <u></u> or12 541 81	-119 625 38	
Zuführung zweckgebundene Spenden	_1 471 881 52	113.025,30	
Zuführung zur Projektmittelrücklage			
Entnahme aus der Projektmittelrücklage			
Auflösung von Projektrücklagen			
Mehraufwand/ Forderungen bei Projektrücklagen			
Fioritaatwaria/Toraoratigoti bori Tojokti acktageti	0.070,00	10.722,70	
ERGEBNISVORTRAG	0.00	0.00	

ERLÄUTERUNGEN ZUR ERGEBNISRECHNUNG

ERTRÄGE

Spenden – Bei den Spenden, die medico 2016 direkt erhalten hat, konnte ein Ergebnis erzielt werden, dass nur knapp (0,9 %) unter dem sehr guten Ergebnis des Vorjahres liegt, obwohl 2016 nicht so stark von besonderen Einflüssen wie zum Beispiel dem Erdbeben in Nepal geprägt war. Der ungebundene Bereich der Spenden konnte im Vergleich zum Vorjahr sogar noch einmal leicht gesteigert werden (+ 0,6 %).

Zuwendungen vom Bündnis Entwicklung Hilft – Hier handelt es sich um Spenden, die vom Bündnis 2016 an medico weitergeleitet worden sind. Die größten Anteile hatten dabei wie im Vorjahr Spenden für Nepal [38,4 %], Syrien [17,4 %] und zum Thema Flucht [19,9 %].

ERGEBNISRECHNUNG NACH AUFWANDSKATEGORIEN UND DZI KRITERIEN

<u>PROJEKTAUFWENDUNG</u>	EN/		WERBE- UND VERWALTUNGSA	<u>UFWENDUNGEN</u>
SATZUNGSGEMÄSSER E	<u>BEREICH</u>	satzungsgem. Kampagnen-,	Werbung und	
		Bildungs- und	allgm. Öffent-	
•	Projektbegleitung	Aufklärungsarbeit		Verwaltung
EURO	EURO	EUR0	EURO	EURO
4 699 963 76				
5.483.310,86	100.903,04 _	23.337,61_		
513.511,49				
9.154,10	64,79 _			
0,00				
4.373,81	774,03 _	577,87	102,31	7.840,52
11.375.149,47	101.741,86 _	23.915,48	102,31	7.840,52
7.604.170,90		3.509,33		
603.447,27				
358.747,26	744.081,29 _	377.545,83	134.356,86	429.458,44
31.972,83	153.132,92 _	69.920,02	27.749,87	87.296,25
983,45	7.464,02 _	13.626,63	3.402,66	2.703,63
169.666,20	176.442,10 _	386.437,64	120.979,20	117.175,18
0.700.007.04	4 004 400 00	054 000 45	000 400 50	000 000 50
8./68.98/,91	1.081.120,33 _	851.039,45	286.488,59	030.033,5U
2.606.161,56	979.378,47 _	827.123,97	286.386,28	-628.792,98

Der Anteil der Werbe- und Verwaltungsaufwendungen an den Gesamtaufwendungen beträgt 7,94 %.

Zuschüsse öffentlicher und privater Institutionen – Zuschüsse für Projekte in Afghanistan, im Libanon, in den Palästinensischen Gebieten, in Guatemala, Haiti, Pakistan, Sri Lanka, Südafrika, Syrien, für die Sahrauschen Flüchtlinge in Algerien sowie für die Entwicklung eines Strategieppiers zum Thema Globale Gesundheit wurden voll oder anteilig durch das AA, das BMZ, ifa zivik, ECHO und medico international Schweiz finanziert. Darüber hinaus wurden auch 2016 für eine umfangreiche Advocacyarbeit zu Sri Lanka Zuschüsse von Brot für die Welt, der Kindernothilfe, Misereor und der VEM Wuppertal gewährt.

Stiftungszuwendungen, Vermächtnisse und Bußgelder – 280.000,00 € hat der Verein im Jahr 2016 von der stiftung medico international für Projekte erhalten. Das bedeutet ein Plus von 15 %, die möglich wurden, weil die Stiftung 2015 in erheblichem Umfang Zustiftungen erhielt, die sich ab 2016 auf die Renditen und damit auf die Förderung der Projekte des Vereins auswirkten. Auch die Einnahmen aus Vermächtnissen lagen mit 222.115,49 € um gut 170.000,00 € höher als im Vorjahr. Die Geldauflagen hingegen konnten das Vorjahresergebnis von gut 50.000,00 ∩ ocht wieder erreichen. In diesem Bereich wurden 2016 lediglich 11.396,00 € erzielt.

Sonstige Erträge – hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eine Zuwendung der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus einem Werkvertrag, Mieteinnahmen des Büros Ramallah, um Kursgewinne, Einnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und um Mitgliedsbeiträge.

AUFWENDUNGEN

Transfers in die Projekte – In dieser Rubrik sind die Mittel, die direkt den Projekten zur Verfügung stehen und aus Spenden und Zuschüssen finanziert werden, aufgeführt.

Personalaufwand – Im hier ausgewiesenen Betrag sind enthalten: Die Gesamtkosten des inländischen und entsandten Personals, die mit lokalen Arbeitsverträgen angestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Auslandsbüros, freiberufliche Honorarkräfte, Aufwendungen für Praktikantinnen und Aushilfslöhne.

Abschreibungen – Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände wurden planmäßig vorgenommen.

Sonstige Aufwendungen – Hier handelt es sich um Aufwendungen für Porto, Telefon, Bürobedarf, Reisekosten, Sachaufwand für Projektbegleitung, Werbung, satzungsgemäße Bildungs- und Aufklärungsarbeit, Instandhaltungen und Wartungen, Beratungsleistungen sowie für sonstigen Verwaltungsbedarf.

BILANZ ZUM 31.12.2016

Α	K	TΙ	V	4

	6.960.981,44 _	7.115.029,13
I. Aktive Rechnungsabgrenzungen	6.123,68 _	6.294,57
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	6.698.222,08 _	6.779.066,96
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	86.179,83 _	143.466,08
I. Vorräte	5.168,79 _	5.285,46
B. UMLAUFVERMÖGEN		
III. Finanzanlagen	105.934,06 _	105.934,06
II. Sachanlagen	32.080,00 _	34.075,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	27.273,00 _	40.907,00
A. ANLAGEVERMÖGEN	EUR0	EURO
ANTIVA	Berichtsjahr	•

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

ALLGEMEINE ANGABEN

Der Jahresabschluss von medico international e.V. ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches [HGB] und unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen [DZI] erstellt. Die Umsatzsteuer ist in den Anschaffungskosten des Anlagevermögens und in den Aufwendungen der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten, da der Verein nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt ist.

AKTIVA

A. ANLAGEVERMÖGEN

I. Immaterielle Vermögensgegenstände – Hier handelt es sich um die aufgrund des umfangreichen Relaunchs 2015 notwendig gewordene Aktivierung der medico-Webseite sowie um den um Abschreibungen verminderten Wert der 2016 und in den Vorjahren erworbenen Softwareprogramme und –lizenzen.

II. Sachanlagen – Die Sachanlagen setzen sich zusammen aus Kraftfahrzeugen, der Büroausstattung und der EDV-Hardware unter Berücksichtigung der jährlichen Abschreibungen.

III. Finanzanlagen – Aus Erbschaften sind dem Verein 2005 und 2012 verschiedene Anteile bzw. Geldanlagen zugegangen.

B. UMLAUFVERMÖGEN

I. Vorräte – Es handelt sich um den Bestand an Informationsmaterial für Öffentlichkeitsarbeit.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände – Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen: a) Forderungen: Ansprüche (zugesagte Zuschüsse) an ECHO, aus Lieferungen und Leistungen, aus noch nicht gutgeschriebenen Lastschrifteinzügen, gegenüber Personal sowie gegen eine Bank wegen fälschlich einbehaltener Kapitalertragssteuer.

b) Sonstige Vermögensgegenstände: Mietkaution für die Geschäftsräume in der Burgstraße 106

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten – Bei dieser Position handelt es sich um die Bestände der Barkassen und Konten für laufende Zahlungen und Termingeldanlagen der Geschäftsstelle in Frankfurt/Main und um die Bestände der Büros in Managua, Algier/Tindouf und Ramallah

C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Für Mietaufwendungen des Büros in Ramallah, die 2016 im Voraus für 2017 bezahlt wurden.

PASSIVA

A. EIGENKAPITAL

I. Vereinskapital

Das Vereinskapital setzt sich im Wesentlichen zusammen aus dem Anlagevermögen, den Vorräten und der Mietkaution.

II. & III. Rücklagen

Die Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 A0 von 4.480.088,44 \in wurden gebildet

- für Projekte, die in 2016 und Vorjahren genehmigt und begonnen wurden, bei denen der Mittelabfluss in 2016 jedoch nur teilweise erfolgt ist [1.934.383,00 €]
- für zweckgebundene Restmittel aus Spenden [945.705,44 €]
- zur Sicherung der institutionellen Leistungsfähigkeit des Vereins (1.600.000,00 €).

Die Freien Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 A0 von 2.106.000,00 € wurden gebildet für Projekte, die in der Entwicklung bzw. Ausarbeitung für die kommenden Jahre sind sowie für geplante Aufwendungen in allen anderen Arbeitsbereichen medicos.

B. RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen in Höhe von 102.820,00 € wurden gebildet

- für noch bestehende Urlaubsansprüche [87.340,00 €]
- und für die Kosten der Jahresabschlussarbeiten und der Wirtschaftsprüfung (15.480,00 €)

C. VERBINDLICHKEITEN

Es handelt sich hier um Verbindlichkeiten

- aus Lieferungen und Leistungen [10.448,89 €]
- aus Lohnsteuer (21.868,29 €)
- gegenüber Arbeitnehmer/innen in Ramallah (9.734,54 €)
- gegenüber der palästinensischen Finanzbehörde [1.285,13 €]
- aus Gehaltsauszahlungen (866,70 €)

D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Für bereits 2016 im Voraus vereinnahmte Mietzahlungen für 2017 aus einem Untermietvertrag des Büros Ramallah

II. Passive Rechnungsabgrenzungen	2.800,00	2.800,00
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	33.754,66	83.619,81
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.448,89	12.053,29
C. VERBINDLICHKEITEN		
1. Sonstige Rückstellungen	102.820,00	89.878,00
B. RÜCKSTELLUNGEN		
III. Freie Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	2.106.000,00	1.992.000,00
II. Rücklagen nach § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	4.480.088,44	4.693.979,43
I. Vereinskapital	225.069,45	240.698,60
A. EIGENKAPITAL	LONO	LONO
PASSIVA	Berichtsjahr EURO	Vorjahr EURO

BESTÄTIGUNGSVERMERK DER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz zum 31. Dezember 2016, Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016. Mittelverwendungsrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung – und den Lagebericht des Vereins medico international e.V., Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss und der Mittelverwendungsrechnung unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanzund Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichende Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 25. April 2017

RGT TREUHAND Revisionsgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Lohr Wirtschaftsprüfer

Esther Rupp Wirtschaftsprüferin

MEDICO INTERNATIONAL E.V. - ORGANISATIONSSTRUKTUR

MITGLIEDERVERSAMMLUNG

[58 aktive Mitglieder gemäß § 4, 1-5 der Satzung von medico international e. V.]

VORSTAND

Brigitte Kühn, Vorsitzende Dr. med. Anne Blum, stv. Vorsitzende Rainer Burkert, stv. Vorsitzender

Johannes Katzan, Beisitzer Helga Riebe, Beisitzerin Margit Rodrian, Beisitzerin REVISIONSAUSSCHUSS

Lars Grothe Horst Pfander Michael Rumpf

GESCHÄFTSFÜHRUNG

Thomas Gebauer

Geschäftsführer

Florian Bernhard-Kolbe, Assistent des Geschäftsführenden Gremiums

Karin Urschel

Abteilungsleiterin Projekte Projektkoordination (PK) Südamerika Johannes Reinhard

Abteilungsleiter Verwaltung & Finanzen

Katja Maurer

Abteilungsleiterin Öffentlichkeitsarbeit

ABTEILUNG PROJEKTE

Dr. Sönke Widderich

stv. Abteilungsleiter, PK Süd- und Südostasien

Peter Biermann

PK Zentralamerika, Mexiko

Eva Bitterlich

PK Nothilfe

Sabine Eckart

PK Migration, Westafrika, Simbabwe

Anne Hamdorf

PK Haiti, Westsahara

Wilhelm Hensen

PK Kurdistan

Till Küster

PK Syrien, Libanon

Usche Merk

PK Psychosoziale Arbeit, Südafrika,

Sierra Leone

Hendrik Slusarenka

PK Nothilfe

Dr. med. Andreas Wulf

PK Gesundheit, Nahost

ABTEILUNG VERWALTUNG & FINANZEN

Jens-Alexander von Bargen

stv. Abteilungsleiter, Controlling, Finanz- und Rechnungswesen

Jan Krabbe

Spenden-, Erbschafts- und Geldauflagenverwaltung, Außenbüros, Advocacy-Projekte

Bernadette Leidinger-Beierle

Rechnungswesen

Anke Prochnau

Rechnungswesen

Nicole Renner

Rechnungswesen

Andrea Schuldt

Rechnungswesen

Uwe Schäfer

EDV & IT

Kristina Schusser

Personalverwaltung

FINANZKOORDINATION PROJEKTE KOFINANZIERUNGEN UND SPENDEN

Philipp Henze

Susanne Huber

Elena Mera Ponce

Rachide Tennin

Rita Velásquez

ABTEILUNG ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Bernd Eichner

stv. Abteilungsleiter, Pressereferent, Nothilfe

Marek Arlt

Zentrale, Veranstaltungsorganisation, Korrektur

Dr. Marcus Balzereit

Beyond Aid, Psychosoziales, Soziale Arbeit

Anne Jung

Gesundheit, Kampagnen

Gudrun Kortas

Spender- und Stifterkommunikation

Moritz Krawinkel

Online-Redakteur, Lateinamerika

Dr. Ramona Lenz

Flucht und Migration

Riad Othman

Nahostreferent

Dr. Thomas Seibert

Menschenrechte, Konferenzen, Südund Südostasien

Anita Starosta

Spenderkommunikation

Frank van Ooyen

Zentrale, Veranstaltungsorganisation

Jürgen Wälther

Homepagebetreuung

MEDICO-BÜRO MITTELAMERIKA

Herlon Valleios

Büro- und Finanzkoordination

MEDICO-BÜRO PALÄSTINA & ISRAEL

Dieter Müller, Büroleiter

Laila Yousef, Finanzkoordination

Rojan Ibrahim, Projektkoordination

Nida Ataya, Projekt- und Bürofinanzen

Wardeh Barghouti, Sekretariat und

Verwaltungsassistenz

PROJEKTBÜRO WESTSAHARA (IN ALGERIEN)

Amokrane Taguett, Finanzkoordination Salim Ali, Logistik, Monitoring

Salim Ali, Logistik, Monitoring Mehdi Mohammed Lamin, Assistenz Logistik Die Mitglieder des Vorstandes und des Revisionsausschusses arbeiten ehrenamtlich. Alle Kolleginnen und Kollegen aus der Geschäftsführung und den Fachabteilungen arbeiten hauptamtlich. Neben den oben erwähnten 58 aktiven Mitglieder unterstützen uns auch 3.573 Personen mit einer Fördermitgliedschaft im Sinne von § 4, 6 der Satzung von medico international.

STAND ALLER DATEN DIESER SEITE: 01.05.2017

VEREINSREGISTER

Der Verein ist unter der Nummer VR 5468 im Vereinsregister beim Amtsgericht Frankfurt/Main eingetragen. Vorstand und Revisionsausschuss sind ehrenamtlich und erhalten keine Aufwandsentschädigung.

PERSONAL

Die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiter/innen war:	2016	2015
INLANDSMITARBEITER/INNEN Vollzeitbeschäftigte	15	12
Teilzeitbeschäftigte		23
Auslandsmitarbeiter/innen (entsandte) Auslandsmitarbeiter/innen in den Büros mit lokalen	2	2
Verträgen und freie Mitarbeiter im Ausland	7	7
Geringfügig Beschäftigte	4	4
2 Praktikanten/innen jeweils ca. 2 Monate	50	48

VERGÜTUNGSSTRUKTUR

Grundlage der Bruttomonatsgehälter ist ein Haustarif, der in drei Gehaltsgruppen unterteilt ist. Innerhalb dieser Gehaltsgruppen gibt es verschiedene Gehaltsstufen, die den Grad der übertragenen Verantwortung, die Berufserfahrung, die geforderten Kompetenzen und die Betriebszugehörigkeit berücksichtigen.

Gruppe

	von €	bis €
I. Geschäftsführung		
Geschäftsführer	5.354	5.554
Abteilungsleitung	4.513	4.713
II. Referenten, Koordinatoren und Sachbearbeiter	3.457	4.361
III. Assistenten und andere Fachkräfte	2.693	3.363

Über die Zahlung eines 13. Monatsgehaltes wird alljährlich gesondert vom Vorstand entschieden. Für unterhaltspflichtige Kinder wird ein Betrag von 205 € mtl. pro Kind zusätzlich gezahlt.

WESENTLICHE MITGLIEDSCHAFTEN UND VERBUNDENE RECHTSKÖRPER

medico international e. V. ist unter anderem Mitglied beim Paritätischen Wohlfahrtsverband, dem Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe VENRO sowie dem Bündnis Entwicklung Hilft. Im Jahr 2014 wurde die selbständige Stiftung medico international gegründet, deren Zweck laut § 1, 2 ihrer Satzung überwiegend durch die materielle und ideelle Förderung des Vereins medico international e. V. verwirklicht wird.

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Der Verein medico international wird beim Finanzamt Frankfurt/Main III unter der Steuer Nr. 45 250 6181 5 - K 19 geführt. Mit Bescheid vom 19. Feburar 2015 wurde dem Verein die Freistellung von der Gewerbe- und Körperschaftssteuer für die Jahre 2011, 2012 und 2013 erteilt. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. Abgabenordnung.

Geförderte Projekte nach Regionen

AFRIKA

Ägypten

-Institutionelle Unterstützung El Nadeem Center for Rehabiliation of Victims of Violence

6.172,84 € (inklusive Unterstützung stiftung m.i.)

Kenia

- Advocacy für Gesundheit und Menschenrechte in Kenia, Kamukunji Paralegal Trust (KAPLET)
- -Teilnahme an der Präsentation eines Schattenberichts zur Umsetzung der WSK-Rechte in Kenia an die 57. Sitzung zum Abkommen über wirtschaftliche und soziale Rechte, KAPLET
- -Unterstützung von geflüchteten Mitgliedern der LGBTI-Community

36.232,06€

- -Institutionelle Förderung der Association Malienne des Expulsés (AME)
- -Beitrag zum Jubiläumssymposium (20 Jahre AME), AME
- -Unterstützung von abgeschobenen und abgewiesenen MigrantInnen in Mali. Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Abgewiesene, Association de Refoulés d'Afrique Centrale au Mali (ARACEM) 62.000,00€

<u>Mauretanien</u>

-Rechtsberatung und soziale Begleitung von MigrantInnen sowie regionale Vernetzung von Migrationsorganisationen, Association Mauretanienne des Droits de l'Homme (AMDH)

30.000,00€

Sierra Leone

- -Stärkung der Selbstorganisation von abgeschobenen MigrantInnen und deren Advocacyarbeit, Network of Ex Asylum Seekers Sierra Leone (NEAS-SL) und Conscience International (CI)
- -Stärkung der politischen und sozialen Menschenrechte und den Zugang zu Gesundheit im Kono Distrikt, Network Movement for Justice and Development (NMJD)
- Regionales Networking Teilnahme von NEAS-SL-Vertretern am Jubiläum der Association Malienne des Expulsés (AME) in Bamako, Mali 30.649,25 € (inklusive Unterstützung stiftung m.i.)

Simbabwe

-HIV-Präventionsprojekt 2016-2017, Gays and Lesbians of Zimbabwe

41.038,94 € (inklusive Unterstützung stiftung m.i.)

Südafrika

- -Stärkung der Selbstorganisation von GemeindegesundheitshelferInnen in Südafrika, section27, Khanya College, Sophiatown Community Psychological Services, PHM Südafrika, Sinani
- Stärkung der sozialen und politischen Rechte von Menschen, die von HIV und Aids betroffen sind, Sinani
- -Institutionelle Forderung (Überbrückungsfinanzierung), Sinanai 389.795,80 € (inklusive Unterstützung BMZ)

Westsahara

- -Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsgesundheit und Lagerungsbedingungen in der Zentralapotheke des Sahrauischen Gesundheitsministeriums (DARS)
- -Versorgung der sahrauischen Flüchtlingslager mit Medikamenten und medizinischem Material sowie Fortbildung des Personals, Gesundheitsministerium der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS)
- Kampagne zu Siemens umstrittener Beteiligung an Projekten für erneuerbare Energien in der besetzen Westsahara, Western Sahara Ressource Watch (WSRW)

615.080,44 € (inklusive Unterstützung ECHO)

ASIEN

Afghanistan

- -Beitrag zur Lösung ethnischer Konflikte auf Gemeindeebene in Afghanistan, Afghanistan Human Rights and Democracy Organization (AHRDO)
- -Institutionelle Unterstützung, AHRDO
- [Re] Mobilisierung der friedlichen und demokratischen Kräfte für eine gesellschaftliche Veränderung, AHRDO
- 103.799,48 € (inklusive Unterstützung AA und stiftung m.i.)

Bangladesch

- Fact Finding Mission Rana Plaza Fabrikeinsturz, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
- -Rehabilitationsfonds für Überlebende des Rana Plaza Fabrikeinsturzes und anderer Katastrophen in Bangladeschs exportorientierter Industrie, Gonoshasthaya Kendra (GK)

29.053,98 €

Nepal

- Workcamps für Jugendliche zur Rehabilitation von Gemeinden und Förderung der Transparenz von Nothilfe, Association of Youth Organizations in Nepal (AYON)
- -Nepal Youth Corps: Stärkung und Partizipation lokaler Gemeinden durch die Beteiligung und Förderung von Jugendlichen, AYON
- -Wiederherstellung und Verbesserung von Bildung, Gesundheit und Existenzgrundlagen in Schulgemeinden, Health And Nutrition Development Societey (HANDS) und Environmental Camps for Conservation Awareness (ECCA)
- Ausbildungen und Unterstützung in Bauwesen, Landwirtschaft und Gesundheit, Nepal Development Society (NEDS)

535.374,93 €

Pakistan

- -Katastrophenvorsorge und katastrophenresilienter Wiederaufbau im Nordsindh, Health and Nutrition Development Society (HANDS)
- -Gemeindebasiertes Programm zu psychosozialer und Mutter-Kind-Gesundheit in Karatschi, HANDS
- -Lighting Lives in Pakistan Unterstützung des Solarlampen-Programms im ländlichen Sindh, HANDS
- -Unterstützung der Schadensersatzklage von Opfern des Ali Textiles Fabrikbrandes gegen KiK Textilien, European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)
- -Beispiel KIK Ein virtuelles Modell zu den real tödlichen Arbeitsbedingungen in den Textilfabriken Südasiens, ECCHR
- -Bau eines Zentrums zur Katastrophenprävention in Karatschi, HANDS
- Stärkung der Bewegung landloser Bauern und einer landwirtschaftlichen Modellkooperative, National Trade Union Federation (NTUF)
- Durchsetzung von Arbeitsrechten und Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der globalen Verwertungskette, NTUF

528.798,82 € (inklusive Unterstützung BMZ)

- -Wiederaufbau- und Rehabilitationsprogramm für vom Taifun Haiyan zerstörte Gemeinden in Samar, Samahang Operasyong Sagip (SOS)
- Nothilfe für die vom Taifun Nona betroffenen Familien in Nord-Samar, SOS
- -Weiterentwicklung von Wissen und Fähigkeiten zur Festigung des Wiederaufbau- und Rehabilitationsprogramms, SOS
- Vier Jahre nach Yolanda / Haiyan. Recherche, Organisation und Advocacy, IBON Foundation

321.821,12 €

Sri Lanka

- -Unterstützung der nachhaltigen Wiederansiedlung zurückgekehrter Bürgerkriegsflüchtlinge im Norden Sri Lankas, Social, Economical and Environmental Developers (SEED)
- -Förderung einer Friedenskultur in kriegszerrissenen Gemeinden, SEED
- -Gemeindebasierte Konflikttransformation und Friedensarbeit: Süd-Süd-Austausch zwischen SEED (Sri Lanka) und Sinani (Südafrika)
- -Institutionelle Unterstützung, SEED

262.643,71 € (inklusive Unterstützung BMZ und stiftung m.i.)

LATEINAMERIKA

<u>Brasilien</u>

- -Förderung der Aktivitäten gegen das Bergbauunternehmen Vale und der Vernetzung mit Basisgruppen in Santa Cruz, Justiça nos Trilhos (JnT)
- -Förderung der Aktivitäten gegen das Thyssen Krupp Stahlwerk und der Vernetzung mit Basisgruppen in Maranhao, Instituto Políticas Alternativas para o Cono Sul (PACS)
- -Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit und Vernetzung mit JnT in Maranhao. PACS
- -Durchsetzung des Rechts auf Gesundheit und Vernetzung mit PACS in Rio de Janeiro, JnT
- -Deutsche Global Player in Brasilien. Wie halten es die Konzerne mit den Menschenrechten?, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL)
- -Stärkung der Bundesschule der brasilianischen Landlosenbewegung (MST) und ihrer Verbündeten, Escola Nacional Florestan Fernandes (ENFF)
- -Stärkung der Gegenöffentlichkeit in Brasilien, Associação Planeta Porto Alegre
- -Universelles Recht auf Zugang zu Gesundheit, Centro Brasileiro de Estudos de Saúde (CEBES)

115.645,00 € (inklusive Unterstützung stiftung m.i.)

Chile

-Menschenrechtsarbeit, Cooperación de Promoción y Defensa de los Derechos del Pueblo (CODEPU)

7.550,00€

El Salvador

- -Stärkung der Strukturen des Nationalen Gesundheitsforums (FNS) in den Provinzen San Salvador und La Libertad, Asociación de Promotores Comunales Salvadoreños (APROCSAL)
- -Stärkung der Strukturen des Nationalen Gesundheitsforums (FNS) in den Provinzen Usulután und San Salvador, APROCSAI
- -Aufwendungen des medico-Projektbüros Mittelamerika **35.846,05 €**

<u>Guatemala</u>

- -Empowerment von Jugendlichen und Kindern in indigenen Gemeinden im Norden Guatemalas, Asociación Coordinadora Comunitaria de Servicios para la Salud (ACCSS)
- -Verteidigung der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltrechte im Landkreis Ixcan, ACCSS
- Bearbeitung der psychosozialen Auswirkungen von Menschenrechtsverletzungen, Equipo de Estudios Comunitarios y Acción Psicosocial (ECAP)
- -Waldprojekt, Fundación Centro de Servicios Cristianos (Funcedescri)
- -Kampf gegen die Straffreiheit und Stärkung der Demokratisierung der Justiz, Comisión Internacional de Juristas (CIJ), Bufete Jurídico de Derechos Humanos (BJDH)
- -Stärkung der lokalen Ernährungssicherheit und der Selbstorganisation in der Region Las Pozas, Sayaxché, Petén, Sagrada Tierra
- -Stärkung jugendlicher Führungskräfte der Maya Q´eqchí im Landkreis Sayaxché, Petén, Sagrada Tierra
- -Aufwendungen des medico-Projektbüros Mittelamerika 270.656,96 € (inklusive Unterstützung BMZ und stiftung m.i.)

Haiti

- -Stärkung der Rechtstaatlichkeit und Kampf für die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten in Haiti, Résseau National de Défence des Droits Humains (RNDDH)
- -Nothilfe für Betroffene des Hurrikans Matthew in Les Irois (Grande Anse). RNDDH
- -Stärkung der haitianischen Bauernbewegungen in ihrem Einsatz für Menschenrechte, Süd-Süd-Austausch mit Brasilien, Escola Nacional Florestan Fernandes (ENFF)
- -Nothilfe in Goyavier nach Hurrikan Matthew, Service Oecouménique d'Entraide (SOE)

281.496,29 € (inklusive Unterstützung BMZ)

Mexiko

- Menschenrechtsarbeit der Migrantenherberge La 72, La 72 Hogar Refugio para Personas Migrantes
- Karawane und Aktivismus der mesoamerikanischen Migrationsbewegung, Movimiento Migrante Mesoamericano [M3]
- Aufwendungen des medico-Projektbüros Mittelamerika
 55.208.92 €

<u>Nicaragua</u>

- Präventionskampagne, rechtliche und organisatorische Beratung Betroffener der chronischen Niereninsuffizienz in El Viejo, Asociación Chinantlan
- Verteidigung des Territoriums, des Wassers und der Souveränität zur friedlichen Bearbeitung der Konflikte im Zuge der Kanalbaukonzessionen, Fundación Popol Na para la Promoción y el Desarrollo Municipal (Popol Na)
- Aufwendungen des medico-Projektbüros Mittelamerika 39.394,89 €

NAHER/MITTLERER OSTEN

Irak [kurdische Gebiete]

- Unterstützung von Binnenflüchtlingen aus dem Zentralirak und Vorbereitung auf neue Flüchtlinge aus Mossul, HAUKARI e.V.
- Ausbau des Kultur- und Jugendzentrums in Kifri zum Dialogzentrum zwischen Binnengeflüchteten und Gastgemeinden, HAUKARI e.V.
 65.508.85 €

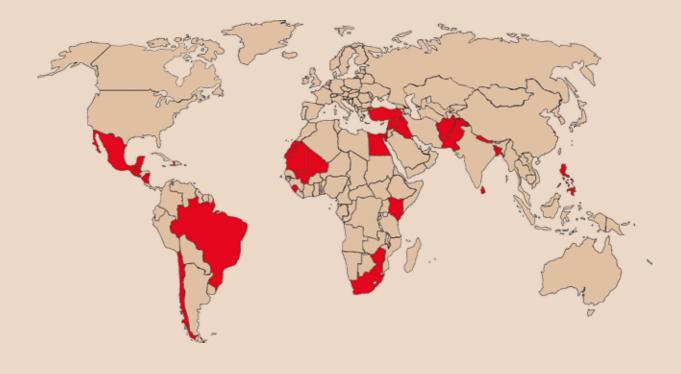
<u>Libanon</u>

- Stärkung palästinensischer Flüchtlingsjugendlicher, Nashet Association
- Sicherung des Zugangs zum Primary Health Care System für syrische Flüchtlinge in der Bekaa-Ebene und Beirut, Amel Association
- Förderung des Marsa-Zentrums für Sexuelle Gesundheit, Marsa
- Stärkung von Frauen und Jugendlichen in Aktivitäten zur Gemeindeentwicklung in marginalisierten palästinensischen Gemeinden im Großraum Beirut und im Südlibanon, Popular Aid for Relief and Development (PAPI)

596.072,29 € [inklusive Unterstützung AA]

Palästina / Israel

- Stärkung von Gesundheitsdiensten und Patienten im Umgang mit chronischen Krankheiten im Gazastreifen, Palestinian Medical Relief Society (PMRS)
- Kauf eines Ambulanzfahrzeugs für die Notdienste der PMRS
- Wirkungsstudie Schule für gemeinwesenorientierte Gesundheit, PMRS
- Verbesserung des Zugangs zu Basisgesundheitsdiensten und der Krisenbereitschaft vulnerabler Gemeinden sowie Medikamentenversorgung von sozialen Härtefällen, PMRS
- Förderung der School of Community Health, PMRS
- Förderung EU Advocacy & Lobbying für eine gerechtere Nahost-Politik, European Middle East Project (EuMEP)
- Unterstützung der Offenen Klinik Jaffa, Physicians for Human Rights Israel (PHR-IL)
- Gesundheitsförderung durch die mobilen Kliniken in den besetzten Gebieten, PHR-IL
- Institutionelle Förderung PHR-IL
- Kampagne zur Früherkennung von Brustkrebs & medizinische/psychologische Behandlung/Begleitung von Brustkrebspatientinnen im Gazastreifen, Culture and Free Thought Association (CFTA)
- Institutionelle F\u00f6rderung der Recherchearbeit zu Besatzungsprofiteuren. Who Profits
- Sicherung palästinensischer Landrechte im Jordantal, Union of Agricultural Work Committees [UAWC]
- Institutionelle Förderung der Arbeit zu den Aktivitäten der israelischen Streitkräfte in den besetzten Gebieten, Breaking the Silence
- Institutionelle F\u00f6rderung von Adalah The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel



- Institutionelle F\u00f6rderung der Kulturarbeit des Freedom Theatre in Jenin
- -Schulgesundheitsprogramm, Medical Relief Society
- -Institutionelle Förderung alternativer Medienarbeit von Israel Social TV
- -Aufwendungen des medico-Projektbüros Ramallah 2.184.775,59 € [inklusive Unterstützung AA, BMZ, mi CH, MAP]

Syrien [inkl. Rojava]

- -Humanitäre Hilfe zur Überlebenssicherung für syrisch-palästinensische Flüchtlinge in den Damaskuser Stadtteilen Yelda und Yarmouk, JAFRA
- -Müllbeseitigung und Aufklärungskampagnen zur Prävention von Krankheiten und Rehabilitierung einer Blutbank in der Region Daraa, Adopt a Revolution (AaR) und Civil Society Center (CSC)
- -Schulprojekt in Erbin (Großraum Damaskus), AaR
- -Unterstützung eines Gesundheitszentrums in Kobane, Rojava Dernegi [Hilfe und Solidarität mit Rojava e.V.]
- Unterstützung von syrisch-palästinensischen Mädchen und jungen Frauen im Ein el Hilweh Camp (Saida/Libanon), Nashet - Unterstützung eines Frauenzentrums in Douma
- Ausbau und Unterstützung des Gesundheitssystems in Nordsyrien (Rojava) und Shengal (Nordirak) sowie Nothilfe für die nach Rojava geflohenen Menschen aus Mossul, Koordination des Gesundheitsrates Rojava
- -Aufwendungen des Projektbüros
- 1.492.969,59 € (inklusive Unterstützung AA und stiftung m.i.)

<u>Türkei [kurdische Gebiete]</u>

- -Unterstützung der durch die Kämpfe betroffenen und Lebensmittelhilfe für die aus den belagerten Gebieten geflohenen KurdInnen in der Türkei, Rojava Dernegi (Hilfe und Solidarität mit Rojava e.V.)
- -Rechtsbeistand für die von Enteignung betroffenen KurdInnen in Diyarbakir-Sur, Mesopotamia Lawyers Association 101.551,43 €

- Dokumentarfilm über australische Flüchtlingspolitik, Internationaler Menschenrechtsverein Bremen
- Behandlungsnetzwerk für Flüchtlinge Beratung, Vermittlung, Fortbildung, Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil e.V. [FATRA]
- Akademie zu Migration in Afrika und Advocacy gegenüber den Afrikanischen Regierungschefs, Association Visions Solidaires
- Unterstützung von bedürftigen Geflüchteten in Athen, Diktyo
- Monitoringreise Migrationspolitik im Niger, Association Visions Solidaires
- Unterstützung der Unterkunft für Frauen und ihre Kinder auf der Flucht in Marokko, Afrique Europe Interact (AEI) und Association des Réfugiés et Demandeurs d'Asile Congolais au Maroc (ARCOM)
- Kritische Öffentlichkeitsarbeit und Fortbildung, Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer e.V. [BAFF]
- Wanderausstellung zur Balkanroute, Universität Göttingen
- Flüchtlingshilfe, Anti-Rassismus-Telefon Essen (ART) **364.964,44 €** (inklusive Unterstützung stiftung m.i.)

<u>Globale Gesundheit</u>

- Institutionelle und Programm Förderung, People's Health Movement (PHM)
- Förderung Medicus Mundi International und Global Geneva
- Unterstützung der 6. International People's Health University in El Salvador, Movimiento para la Salud de los Pueblos América Latina [MSP-LA] über Centro de Información y Servicios de Asesoría en Salud ICISASI
- Verantwortung von Rohstoff-Unternehmen für Gesundheit im südlichen und östlichen Afrika, EQUINET via Training and Research Support Centre (TARSC)
- Sektorstrategie Gesundheit in der Humanitären Hilfe, Koordinationsausschuss Humanitäre Hilfe des AA, medico 164.886,24 € [inklusive Unterstützung AA und stiftung m.i.]

SONSTIGES

Flucht & Migration

- -Bundesweite Kampagne der Medibüros und Medinetze zur Verbesserung der medizinischen Versorgung von Asylsuchenden, Büro für medizinische Flüchtlingshilfe (Medibüro)
- -Moving Europe, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration

Legende der genannten weiteren Unterstützer

AA: Auswärtiges Amt

BMZ: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

ECHO: European Community Humanitarian Office MAP: Medical Aid for Palestine, Kanada m.i. CH: medico international schweiz stiftung m.i.: stiftung medico international

Weiterführende Infos

Sie wollen mehr über unsere Arbeit und unsere Partner wissen? Aktuelle Berichte, Pressemitteilungen, Veranstaltungshinweise, Hintergrundinformationen und Blogs unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden Sie auf:

www.medico.de

Dort können Sie auch den **medico-Email-Newsletter** oder das vierteljährlich erscheinende **medico-rundschreiben** bestellen.

Sie wollen sich für medico engagieren – wen können Sie ansprechen? Sie möchten selbst aktiv werden, einen Info-Tisch machen, eine Veranstaltung mit einem medico-Referenten organisieren, im Freundes- und Verwandtenkreis Material verteilen, sich für ein konkretes Projekt engagieren? Sie haben eine Frage zu Ihrer Spendenquittung?

Sie möchten **medico-Fördermitglied** werden, damit die gesamte Arbeit von medico und seinen Partnern unterstützen sowie deren Unabhängigkeit sichern?

Sie haben **ein Jubiläum, einen runden Geburtstag zu feiern** und möchten zu diesem Anlass um Spenden für medico bitten?

Die Kolleginnen und Kollegen der medico-Zentrale helfen Ihnen gerne weiter! Tel. 069-944 380, info@medico.de

Sie wollen sich mit einer **größeren Spende** engagieren, denken über eine **Zustiftung** in das Vermögen der medico-Stiftung nach oder überlegen, medico in Ihrem **Testament** zu bedenken? Setzen Sie sich mit **Gudrun Kortas** in Verbindung, Tel. 069 94438-28, kortas@medico.de

Impressum

medico international
Burgstraße 106,
D-60389 Frankfurt am Main
Neue Adresse ab voraussichtlich 01.11.2017:
Lindleystraße 15,
D-60314 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
info@medico.de, www.medico.de
www.facebook.com/medicointernational
www.twitter.com/nothilfe

Spendenkonto

IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00

BIC: HELADEF1822

DZI *
SpendenSiegel

ViSdP: Katja Maurer

Redaktion: Moritz Krawinkel, Ramona Lenz,

Christian Sälzer

Gestaltung: Andrea Schuldt Korrektorat: Marek Arlt

Mai 2017

Hinweis: Der medico-Jahresbericht ist auf Reprint-Papier gedruckt, das zu 80% aus Recyclingpapier und zu 20% aus Primärfaser aus nachhaltiger Forstwirtschaft besteht.

